

MATHIAS HONER

Die grundgesetzliche Theorie der Regierung

2. Auflage

Beiträge zum Organisationsverfassungsrecht

10

Mohr Siebeck

Beiträge zum Organisationsverfassungsrecht

Herausgegeben von
Julian Krüper und Arne Pilniok

10



Mathias Honer

Die grundgesetzliche Theorie der Regierung

Zugleich ein Beitrag zur Rechtsgewinnung
im Verfassungsrecht

2. aktualisierte und überarbeitete Auflage

Mohr Siebeck

Mathias Honer, geboren 1990; Studium der Rechtswissenschaft an der Universität Leipzig; 2016 Erste Juristische Prüfung; Masterstudium Medizin-Ethik-Recht an der Universität Halle-Wittenberg; Wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg; 2020 Promotion; 2022 Zweite Juristische Staatsprüfung; seit 2023 Akademischer Mitarbeiter an der Europa-Universität Viadrina Frankfurt (Oder).

Diese Veröffentlichung wurde aus Mitteln des Publikationsfonds für Open Access Monografien des Landes Brandenburg gefördert.

eISBN 978-3-16-164534-1 / DOI 10.1628/978-3-16-164534-1
ISSN 2626-4412 / eISSN 2626-4420 (Beiträge zum Organisationsverfassungsrecht)

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliographie; detaillierte bibliographische Daten sind über <https://dnb.dnb.de> abrufbar.

2025 Mohr Siebeck Tübingen.

© Mathias Honer

Dieses Werk ist lizenziert unter der Lizenz „Creative Commons Namensnennung – Weitergabe unter gleichen Bedingungen 4.0 International“ (CC BY-SA 4.0). Eine vollständige Version des Lizenztextes findet sich unter: <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.de>. Jede Verwendung, die nicht von der oben genannten Lizenz umfasst ist, ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar.

Satz: Laupp & Göbel, Gomaringen.

Mohr Siebeck GmbH & Co. KG, Wilhelmstraße 18, 72074 Tübingen, Deutschland
www.mohrsiebeck.com, info@mohrsiebeck.com

Für Helga Honer

Vorwort zur 2. Auflage

Nach der Veröffentlichung meiner Dissertation im Jahr 2022 erscheint diese nunmehr – etwa drei Jahre später – in aktualisierter und teilweise überarbeiteter 2. Auflage als eine reine Open-Access-Veröffentlichung. Der Beweggrund hierfür besteht maßgeblich darin, den Text der Wissenschaft in niedrigschwelliger Form zur Verfügung stellen. Den Wert von Open-Access führte mir nicht zuletzt die Corona-Pandemie schmerzlich vor Augen, in der der Zugang zu Literatur mit etlichen und bisweilen unüberwindbaren Zugangshürden verbunden war. Insofern soll die Neuauflage einen Beitrag zu einem niedrigschwelligen wissenschaftlichen Austausch leisten und zu einer verstärkten Open-Access-Publikationspraxis anregen. Großer Dank gebührt in diesem Zusammenhang dem Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kultur des Landes Brandenburg, dessen Publikationsfonds für Open-Access-Monografien die Publikation finanziell gefördert hat.

Dabei bietet die Neuauflage zugleich die Gelegenheit, Ergänzungen vorzunehmen. Diese konzentrieren sich im Wesentlichen auf die theoretisch-methodische Grundlegung. Diese zielte darauf ab, die in der Rechtswissenschaft etablierte, praktizierte und anerkannte Unterscheidung von Theorie, positivem Recht und Dogmatik rechtstheoretisch herzuleiten, um Kriterien für die Begründung theoretischer, positiv-rechtlicher und dogmatischer Begriffe und Argumente zu entwickeln und ihre zulässigen wie gebotenen Wechselwirkungen zu analysieren. Das erschien und erscheint mir notwendig, weil die zentrale These der Arbeit auf eben dieser rechtstheoretischen Unterscheidung beruht: Die ideale Funktion der Bundesregierung, metaphysisch gesprochen: das „Wesen“ oder eben die „Theorie der Regierung“, lässt sich aus rechtswissenschaftlicher Perspektive (lediglich, aber immerhin) auf einer vom positiven Recht und der Dogmatik abgeschichteten Ebene sinnvoll aufbereiten. Angesprochen ist an dieser Stelle das, was überwiegend als grundgesetzliche Verfassungstheorie bezeichnet wird. Da der Arbeit jedoch ein weiterer Begriff von Verfassungstheorie – und damit korrespondierend ein engerer Begriff von Verfassungsdogmatik – zugrunde liegt, als er überwiegend gebraucht und vertreten wird, konnte insoweit nicht an einen herrschenden Begriff von Theorie und Dogmatik aufgebaut werden. Um die Unterschiede zu üblichen Verständnissen von Theorie und Dogmatik zu markieren,

wurden bisweilen neue Kategorien entwickelt und teils mit eigener Terminologie versehen. Hieran wird nach wie vor festgehalten. Um die Rezeption zu erleichtern, werden die theoretisch-methodischen Überlegungen jedoch stärker in Beziehung zum vorherrschenden Verständnis gesetzt.

Daneben erfolgte eine punktuelle Verschiebung der Darstellung: Ausführungen, die den Standort und die Funktion eines Abschnitts im Gesamtwerk erläutern, waren bislang überwiegend zu Beginn der einzelnen Kapitel platziert. Sie werden nunmehr weitgehend gebündelt in der Einleitung dargestellt. Das betrifft insbesondere Überlegungen dahingehend, was eine „Theorie der Regierung“ leisten soll und was wiederum nicht.

Ich danke Mohr Siebeck und allen voran der Programmleitung für Öffentliches Recht, *Daniela Taudt-Wahl*, LL.M. Eur., dass sie die unübliche Idee einer Neuauflage einer Dissertation als reine Open-Access-Version ermöglicht haben.

Die Literatur befindet sich grundsätzlich nach wie vor auf dem Stand der im Jahr 2022 erschienen 1. Auflage. Nachträglich erschienene Beiträge wurden einzeln noch berücksichtigt.

Berlin, im Februar 2025

Vorwort zur 1. Auflage

Diese Arbeit wurde im Wintersemester 2020/21 von der Fakultät für Rechtswissenschaft der Universität Hamburg als Dissertation angenommen. Die Literatur ist auf dem Stand vom 31.10.2020. Im darauffolgenden Zeitraum konnten einige Beiträge noch bis zum 31.7.2021 für die Drucklegung berücksichtigt werden.

Der größte Dank gilt meinem hochverehrten Doktorvater Professor Dr. *Armin Hatje*. Ohne seine wissenschaftliche Aufgeschlossenheit und Motivationskraft sowie die ausgezeichneten Arbeitsbedingungen an seinem Lehrstuhl wäre diese Arbeit so nicht entstanden. Herrn Professor Dr. *Hans-Heinrich Trute* danke ich nicht nur für die zügige Erstellung des Zweitgutachtens, sondern ebenso für die wertvollen Anregungen insbesondere im Hinblick auf die methodischen Vorüberlegungen.

Des Weiteren danke ich der Konrad-Adenauer-Stiftung, die diese Arbeit durch ein Promotionsstipendium gefördert hat. Die Unterstützung durch die Mitarbeiter der Stiftung, der Austausch im Rahmen der Hochschulgruppe und die Begleitung durch das abwechslungsreiche Seminarprogramm haben das Promotionsverfahren ungemein bereichert.

Im Übrigen konnte dieses Projekt nur durch den Rückhalt zahlreicher Personen gelingen. An dieser Stelle können nur einige von ihnen genannt werden. Das sind zunächst meine Eltern, *Kathrin Honer* und *Olaf Rasch*, denen ich für ihre langjährige Unterstützung danke. Ebenso danke ich *Carlo Tunze* und *Peter Oriwol*. Ihre aufrichtige Freundschaft ist mir seit vielen Jahren eine wichtige Stütze. Bei meinen Kollegen am Lehrstuhl und Freunden an der Fakultät bedanke ich mich für die wertvollen Gespräche, die hilfreichen Ablenkungen und die vielseitige Unterstützung. Zu nennen sind hier unter anderen *Lili-Marie Iwen*, *Frederike Fründ*, *Edward Martin*, *Edwin Martin*, *Tobias Rudloff*, *Mohammed El-Taki* und *Olcay Aydik*. Ein besonderer Dank gebührt *Julian Holst*, der das Manuskript Korrektur gelesen hat.

Zudem danke ich den Teilnehmern der Veranstaltung „Kolloquium: Verfassung und Politik“, insbesondere *Jan Stumper*, *Johann van der Helm*, *Julian Kaltenbach* und *Julian Kurp*. Sie haben mir einen kontinuierlichen wissenschaftlichen Austausch ermöglicht, der auch auf das eigene Promotionsvorhaben zurückstrahlt.

Für die Aufnahme dieser Arbeit in die Schriftenreihe „Beiträge zum Organisationsverfassungsrecht“ danke ich schließlich Professor Dr. *Julian Krüper* und Professor Dr. *Arne Pilniok*.

Berlin, im November 2021

Inhaltsübersicht

Vorwort zur 2. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Inhaltsverzeichnis	XIII
<i>Einleitung</i>	1
<i>Teil 1: Methodische Grundlegung: Rechtsgewinnung im Verfassungsrecht</i>	11
Kapitel 1: Die Rechtsgewinnung im Verfassungsrecht: verfassungsrechtswissenschaftliche Anforderungen	13
Kapitel 2: Die Rechtsgewinnung im Verfassungsrecht: Schichten und Begriffe	63
<i>Teil 2: Die grundgesetzliche Theorie der Regierung</i>	97
Kapitel 3: Das Regierungsorgan	99
Kapitel 4: Die Regierungsfunktion	163
<i>Teil 3: Die Anwendung der grundgesetzlichen Theorie der Regierung</i>	233
Kapitel 5: Bundesregierung zwischen Parlament, Opposition und Verwaltung	235
Kapitel 6: Äußerungsrecht der Bundesregierung	285
<i>Schluss</i>	317
Literaturverzeichnis	327
Sachwortverzeichnis	353

Inhaltsverzeichnis

Vorwort zur 2. Auflage	VII
Vorwort zur 1. Auflage	IX
Inhaltsübersicht	XI
Einleitung	1
<i>I. Erster Befund: weitgehende Unsichtbarkeit der Regierung im positiven Verfassungsrecht</i>	1
<i>II. Thesen und Ziele der Untersuchung</i>	3
<i>III. Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes</i>	4
1. Grundgesetzliche Theorie der Regierung: erste Annäherung	4
2. Grundgesetzliche Theorie der Regierung: weitere Präzisierung	5
a) Beitrag zur Rechtserzeugung	5
b) Idealer Beitrag zur Rechtserzeugung	6
c) Idealer Beitrag der Bundesregierung zur Rechtserzeugung	6
3. Zwischenfazit: Worüber soll eine grundgesetzliche Theorie der Regierung informieren – und worüber nicht?	8
<i>IV. Gang der Untersuchung</i>	9
Teil 1: Methodische Grundlegung: Rechtsgewinnung im Verfassungsrecht	11
Kapitel 1: Die Rechtsgewinnung im Verfassungsrecht: verfassungsrechtswissenschaftliche Anforderungen	13
<i>I. Gebot der intersubjektiven Überprüfbarkeit</i>	14
<i>II. Gebot einer geeigneten, erforderlichen und zulässigen Begründung</i>	14
1. Eignung	15
2. Erforderlichkeit – „Sparsamkeitspostulat“	15
3. Zulässigkeit	16
4. Wahrung eines „höchstmöglichen Begründungsniveaus“	17

a) Umgang mit dem unendlichen Begründungszwang und dem „Münchhausen-Trilemma“	17
b) Unzureichender Einwand: fehlendes letztes Begründungsglied und fehlende absolute Gewissheit	18
c) Empfehlung zur Anreicherung eines „wissenschaftseigenen“ Vorverständnisses	19
5. Zwischenergebnis	19
<i>III. Gebot zur Berücksichtigung der hermeneutischen Erkenntnisbedingungen des Rechts</i>	<i>20</i>
1. Vorüberlegung: das Recht als eine taugliche Grenze für die Bewertung der Zulässigkeit von rechtlichen Argumenten?	20
2. Gewährleistung einer Argumentation mit Blick auf das Recht als einen der Rechtsgewinnung auch vorgegebenen Erkenntnisgegenstand	22
3. Berücksichtigung des Situationsbezugs rechtlicher Erkenntnisse	22
4. Anreicherung eines rechtsgebieteigentümlichen Vorverständnisses	24
<i>IV. Gebot zur Berücksichtigung der Entstehungsbedingungen des Rechts</i>	<i>26</i>
1. Bestimmung des Inhalts des Rechts entsprechend dem Willen des Rechtsetzers, zugleich: Rechtsgewinnung durch heteronome Rechtserkenntnis	27
2. Rechtsgewinnung durch autonome Rechtserzeugung	32
3. Vorrang für kleinteilige rechtliche Aussagen	36
4. Vorrang geschriebenen Verfassungsrechts	39
a) (Formelle) Kodifikation des Verfassungsrechts	39
b) Begründung ungeschriebenen Verfassungsrechts	42
aa) Anforderungen an die Begründung ungeschriebenen Verfassungsrechts	42
bb) Beispiel: Mindestmaß an Funktionsfähigkeit zur Begründung eines ungeschriebenen Rechtssatzes	43
c) Zwischenergebnis: Vorrang, aber nicht Vorbehalt des Verfassungstextes	45
<i>V. Gebot zur Berücksichtigung der Anwendungsorientierung des Rechts</i>	<i>46</i>
<i>VI. Zwischenfazit</i>	<i>47</i>
1. Zehn Anforderungen an die Rechtsgewinnung im Verfassungsrecht	47
2. Spannungsverhältnis zwischen den Anforderungen an die Rechtsgewinnung	48
3. Auflösung des Spannungsverhältnisses durch ein monistisches oder pluralistisches Rechtsgewinnungsmodell?	49
<i>VII. Schlussfolgerung</i>	<i>50</i>
1. Plädoyer für ein pluralistisches Rechtsgewinnungsmodell	50
2. Rechtstheoretische, rechtsnormative und rechtspraktische Schicht	51

3. Verfassungstheorie, positives Verfassungsrecht und Verfassungsdogmatik	52
a) Verfassungstheorie und Verfassungsdogmatik als etablierte Kategorien in der Rechtswissenschaft	53
aa) Verfassungstheorie	53
bb) Verfassungsdogmatik	57
b) Verfassungstheorie und Verfassungsdogmatik als rechtstheoretische bzw. rechtspraktische Schicht	59

Kapitel 2: Die Rechtsgewinnung im Verfassungsrecht:

Schichten und Begriffe	63
------------------------	----

I. Schichten

1. Verfassungstheorie als rechtstheoretische Schicht	64
a) Vorverständnisfunktion	64
b) Analyse- und Systematisierungsfunktion	65
c) Transformationsfunktion	67
d) Orientierungsfunktion	68
e) Zusammenfassung	69
2. Positives Verfassungsrecht als rechtsnormative Schicht	70
3. Verfassungsdogmatik als rechtspraktische Schicht	71

II. Begriffe

1. Theoriebegriffe	74
a) Begründung	75
aa) Vorüberlegung: verfassungsadäquate Verfassungstheorie als Zielmarke	76
bb) Theoretische Erkenntnisse	78
cc) Abstimmung auf das positive Verfassungsrecht	79
b) Wirkung	81
c) Beispiele	82
d) Leitbilder	84
2. Rechtsbegriffe	85
a) Begründung	86
b) Wirkung	87
c) Abgrenzung zu anderen Kategorien in der Rechtswissenschaft	87
d) Beispiele	88
3. Speicherbegriffe	89
a) Begründung	90
b) Wirkung	93
c) Beispiele	94

*III. Zusammenfassung, oder: warum grundgesetzliche „Theorie“
einer Regierung?*

Teil 2: Die grundgesetzliche Theorie der Regierung	97
Kapitel 3: Das Regierungsorgan	99
<i>I. Die Bundesregierung als politische Regierung</i>	<i>99</i>
1. Vorbemerkungen: Recht und Politik	99
a) Wechselseitige Abhängigkeit	100
b) Spannungsverhältnis	100
aa) Elemente einer Eigenlogik der Politik	100
(1) Kommunikationsumfeld: Kooperation und Konkurrenz	101
(2) Kommunikationsrahmen: Anpassungsfähigkeit	102
(3) Kommunikationsmodus: parteiisch, persönlich und zugespitzt	102
bb) Spannungen zwischen Recht und Politik	103
c) Auflösung des Spannungsverhältnisses: wechselseitige Berücksichtigung der Handlungslogiken	104
2. Das „politische“ Amt der Mitglieder der Bundesregierung	106
a) Funktionsbedingtheit des Amtscharakters	106
b) Spezifischer Amtscharakter der Bundesregierung	106
aa) Gestaltungsfreiheit	107
(1) Gestaltungsfreiheiten als Entscheidungsspielräume mit originärer Zwecksetzungskompetenz	107
(2) Kein überzeugendes Gegenargument: Gemeinwohlverpflichtung	108
(3) Kein überzeugendes Gegenargument: Gestaltungsfreiheiten als lediglich quantitatives „Mehr“ an Entscheidungsspielräumen	110
bb) Amtseinsetzung und Amtsausübung	113
(1) Wahl- und Ernennungsakt	113
(2) Normativ angelegte fehlende Unterscheidung von Amt und Amtsperson	114
c) Zwischenergebnis	115
<i>II. Die Bundesregierung als parteipolitische Regierung</i>	<i>117</i>
1. Politizität als Parteipolitizität	117
a) Grundgesetzliche Wertentscheidung	117
b) Politische Praxis	117
c) Demokratische Angemessenheit	119
d) Zwischenbilanz: politische Regierung als parteipolitische Regierung	122
2. Kein überzeugendes Gegenargument: Inkompatibilitätsregelung des Art. 66 GG	124
3. Kein überzeugendes Gegenargument: Trennung von Staat und Gesellschaft	124
4. Kein überzeugendes Gegenargument: Anforderungen an die Gemeinwohlkonkretisierung	125

<i>III. Die Bundesregierung als Bestandteil des Dualismus von Regierung und Opposition</i>	129
1. Dualismus von Regierung und Opposition: positiv-rechtliche Ermöglichung	129
2. Dualismus von Regierung und Opposition: Faktum der politischen Praxis	131
3. Dualismus von Regierung und Opposition: demokratietheoretisches Postulat	132
4. Dualismus von Regierung und Opposition: grundgesetzlich kompatibel .	134
a) Parteipolitische Verklammerung von Bundesregierung und Bundestag(smehrheit)	134
b) Funktionen des Deutschen Bundestages	135
aa) Kurationsfunktion	135
bb) Kontrollfunktion	135
cc) Legislativ- und Haushaltsfunktion	137
dd) Öffentlichkeits- und Integrationsfunktion	138
ee) Zwischenergebnis	139
c) Grundgesetzliches Demokratieprinzip: Mehrheit und Minderheit	139
5. Zwischenergebnis: Regierung und Opposition als verfassungsrechtlich erwarteter Dualismus	140
 <i>IV. Die Bundesregierung als selbstständiger Akteur im Regierungsverbund</i>	144
1. Eigenständige verfassungsrechtliche Konstituierung, getrennte verfassungsrechtliche Befugnisse	145
2. Gleichheit des Mandats (Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG)	146
3. Raum für Selbstständigkeit der Bundesregierung	146
a) Konstruktives Misstrauensvotum (Art. 67 GG), Vertrauensfrage (Art. 68 GG) und Gesetzgebungsnotstand (Art. 81 GG)	146
b) Vetorecht für ausgabenerhöhende oder einnahmenvermindernde Gesetzesvorschläge (Art. 113 GG)	150
c) Anwesenheits- und Rederecht (Art. 43 Abs. 2 GG)	150
d) Zwischenergebnis	151
4. Keine Parlamentssuprematie	152
 <i>V. Die Bundesregierung als parlamentarisch verantwortliche Regierung</i>	157
1. Abhängigkeit vom parlamentarischen Vertrauen	158
2. Selbstständige Kompetenzausübung und parlamentarische Verantwortlichkeit	158
 <i>VI. Zwischenergebnis</i>	160

Kapitel 4: Die Regierungsfunktion	163
<i>I. Regierungsfunktion – Existenz, Bedeutung und normativer Status in der Rechtswissenschaft</i>	164
1. Vom umfassenden zum engen, vom negativen zum positiven Regierungsbegriff	164
a) Unterscheidung von Staats- und Regierungstätigkeit und beginnende Verengung des Regierungsbegriffs	165
b) Weitere Verengung des Regierungsbegriffs	166
c) Positive Bestimmungsversuche des Regierungsbegriffs	167
d) Geringe Befassung mit der Regierung	168
2. Regierung als Staatstätigkeit qualitativ eigener Art	170
a) Regierung als Politik (Smend)	172
b) Regierung als politische Staatsführung (Scheuner)	173
c) Regierungsakte als Ermessensakte des Verfassungsrechts (Kassimatis)	174
3. Regierung als Hoheitstätigkeit allenfalls quantitativ eigener Art	176
a) Regierung als Verwaltung (Kelsen und Merkl)	176
b) Regierungslosigkeit des Grundgesetzes (Frotscher)	178
4. Zwischenbilanz und heute herrschende Lehre und Rechtsprechung unter dem Grundgesetz	178
a) Herrschende Lehre	179
b) Materielle Regierung in der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts	183
aa) Regierungsfunktion	183
bb) „Staatsleitung“ als Bestandteil einer Regierungsfunktion	184
cc) Zusammenfassung	185
5. Zusammenfassung: Regierung – rechtlich unerheblicher Begriff oder Rechtsbegriff?	186
<i>II. Regierungsfunktion – Existenz, Bedeutung und normativer Status nach hier vertretener Auffassung</i>	189
1. Regierungsfunktion als Element der grundgesetzlichen Verfassungstheorie	189
a) Theoretische Erkenntnisse zur Gewaltenteilung	190
aa) Idee der Gewaltenteilung	190
bb) Schlussfolgerungen für die einzelnen Staatsfunktionen	192
cc) Möglicher Anwendungsbereich einer etwaigen Regierungsfunktion	193
b) Abgleich und Abstimmung mit den Vorgaben des Grundgesetzes	196
aa) Institutionelle Rahmenbedingungen, insbesondere Entscheidungsträger und Entscheidungsumfeld von Bundesregierung und Verwaltungsbehörden	197
bb) Aufgaben, Kompetenzen und Befugnisse der Bundesregierung	205

cc) Die grundgesetzliche Regierungsfunktion im Lichte der Verflechtung der Rechtserzeugung von Ländern, Bund und Union	208
c) Zwischenergebnis	211
aa) Regierung und Verwaltung	211
bb) Regierung und Verwaltung – politisch-demokratischer und bürokratisch-rechtsstaatlicher Bereich	214
cc) Regierung und Verwaltung – Demokratie und Rechtsstaat	216
dd) Exkurs: Regierungsfunktion im Unionsrecht	217
2. Regierungsfunktion als Rechtsbegriff?	218
a) Wortlaut	218
b) Systematik	219
c) Entstehungsgeschichte	220
d) Zwischenergebnis	220
3. Regierungsfunktion als dogmatischer Speicherbegriff	221
a) Begriff	221
b) Dogmatischer Mehrwert eines solchen Begriffs	222
aa) Typischerweise keine gesetzliche Erlaubnispflicht noch gesetzliches Zugriffsrecht	223
(1) Gesetzliche Erlaubnis für das Tätigwerden (Vorbehalt des Gesetzes)	223
(2) Gesetzliches Zugriffsrecht	224
bb) Typischerweise geringe materiell-rechtliche Determination	225
cc) Typischerweise keine Eröffnung des Verwaltungsrechtswegs	225
c) Zwischenergebnis	226
4. Aufgaben und Funktion der „Staatsleitung“?	226
 <i>III. Zwischenfazit: Regierungsfunktion als verfassungstheoretisches Argument</i>	
	228
 <i>IV. Regierungsfunktion? Theorie der Regierung!</i>	
	231
 Teil 3: Die Anwendung der grundgesetzlichen Theorie der Regierung	
	233
 Kapitel 5: Bundesregierung zwischen Parlament, Opposition und Verwaltung	
	235
 <i>I. Bundesregierung und Bundestag</i>	
	235
1. Die Aufgaben der Bundesregierung	235
a) Keine ungeschriebene vorausgesetzte Gesamtaufgabe	235
b) Bewährung für typische Regierungsaufgaben	239

aa) Vorausschau und Planung	240
bb) Repräsentation und Selbstdarstellung	241
cc) Materielle Außenvertretungskompetenz	242
dd) Koordination der staatlichen Pandemiebekämpfung	243
ee) Zwischenergebnis	244
2. Die Wahrnehmung der Aufgaben und Befugnisse	245
a) Kein Vorbehalt für alle grundlegend wichtigen („wesentlichen“) Entscheidungen zugunsten des Bundestages bzw. Gesetzgebers	245
aa) Keine gesetzgeberische Erlaubnispflicht für das Tätigwerden der Bundesregierung	246
bb) Vereinbarkeit mit der Wesentlichkeitslehre	249
b) Legislative Steuerungsmöglichkeiten und ihre Grenzen – zugleich: allgemeines Kompetenzverteilungsschema zwischen Bundesregierung und Bundestag	251
c) Parlamentarische Informationsansprüche und ihre Grenzen	255
d) Informationspflichten der Bundesregierung	259
3. Legislative Steuerung der Regierungs- und Ministerialorganisation	261
<i>II. Regierung und Opposition</i>	266
1. Regierung: Regierungsorgan und Regierungsfractionen	266
2. Opposition	268
<i>III. Regierung und Verwaltung</i>	271
1. Ausführung der Gesetze im Sinne der Art. 83 ff. GG	271
2. Politische Beamte	271
3. Ministerialfreie Räume	275
4. Verwaltungsvorbehalt bzw. „Eigenbereich der Verwaltung“	277
5. Ausübung der Verwaltungsfunktion durch die Bundesregierung	280
6. Beamtenrechtliche Haftung für Mitglieder der Bundesregierung?	282
 Kapitel 6: Äußerungsrecht der Bundesregierung	285
<i>I. Eine Kompetenzgrundlage zur Regierungsäußerung</i>	285
1. Rechtsprechung des BVerfG	285
a) Wahlwerbung durch die Bundesregierung (BVerfGE 44, 125)	285
b) Glykolwein- und Osho-Entscheidung (BVerfGE 105, 252; 105, 279)	286
c) Fortsetzung in der Schwesig-, Wanka-, Seehofer- und Merkel-Entscheidung	287
d) Zusammenfassung und Bewertung	287
2. Kompetenzgrundlagen zur Regierungsäußerung	289
a) Keine von konkreten Aufgaben losgelöste Äußerungskompetenz	289
b) Äußerung zur Selbst- und Aufgabendarstellung	290

aa) Ankündigung und Aufklärung	290
bb) Bewertung und Bewerbung	290
cc) Reaktion auf Kritik	291
dd) Eingehen auf konkurrierende Vorstellungen, Eingehen auf konkurrierende Akteure	292
ee) Voraussetzung: Konnex zu einer Regierungsaufgabe	293
(1) Innerer Zusammenhang zu einer Regierungsaufgabe	293
(2) Abgrenzungsschwierigkeiten	294
c) Äußerung zur Aufgabenerfüllung	295
3. Zusammenfassung	296
<i>II. „Neutralität“ als Grenze?</i>	<i>298</i>
1. Absolutes Neutralitätsgebot für jede Amtstätigkeit?	300
a) Kein positiviertes absolutes Neutralitätsgebot	300
b) Kein absolutes Neutralitätsgebot im Wege einer Zusammenschau vereinzelter verfassungsrechtlicher Bestimmungen	301
c) Kein absolutes Neutralitätsgebot aufgrund der staatlichen „Schiedsrichterfunktion“	301
2. Funktionsspezifisches Neutralitätsgebot für die Bundesregierung?	303
3. Situative Äußerungsgrenzen mit reflexartigen Neutralitätswirkungen	305
a) Meinungsfreiheit (Art. 5 Abs. 1 S. 1 GG) und Diskriminierungsverbot (Art. 3 Abs. 3 GG)	306
b) Demokratieprinzip (Art. 20 Abs. 1, Abs. 2 GG), Chancengleichheit der Parteien (Art. 21 Abs. 1 GG)	308
4. Grenzen, soweit funktional keine Amtstätigkeit vorliegt	314
5. Zwischenergebnis – zugleich: Grenzen für parteiergreifende Regierungskommunikation	315
 Schluss	 317
<i>I. Schlussbemerkung</i>	<i>317</i>
<i>II. Zusammenfassung in Schlussthesen</i>	<i>318</i>
 Literaturverzeichnis	 327
Sachwortverzeichnis	353

Einleitung

I. Erster Befund: weitgehende Unsichtbarkeit der Regierung im positiven Verfassungsrecht

Die Regierung ist rechtsunterworfen und rechtsschöpfend, führt aus und leitet an. Dieser Funktion entsprechend verlangt ihre verfassungsrechtliche Begrenzung nach hinreichender Klarheit bei gleichzeitiger Flexibilität. Ganz in diesem Sinne sieht auch das Grundgesetz von detaillierten Regelungen im Bereich der Regierung ab. Die die Regierungspraxis prägenden Strukturen und Verfahren sind dadurch verfassungsrechtlich jedoch weitestgehend unsichtbar.¹ Sie werden jedenfalls nicht ausdrücklich durch das Verfassungsrecht legalisiert. Einige Beispiele illustrieren das:

Die Amtseinsetzung und die Amtsausübung der Mitglieder der Bundesregierung sind wesentlich durch die politischen Parteien geprägt; das Regierungspersonal wird maßgeblich mithilfe der politischen Parteien generiert, die Regierungspolitik typischerweise durch das parteipolitische Programm bestimmt. Demgegenüber steht das Grundgesetz: Es bekennt sich zwar zur Mitwirkung der politischen Parteien bei der Willensbildung des Volkes (vgl. Art. 21 Abs. 1 S. 1 GG), sieht ihren dominierenden Einfluss auf den staatsorganisatorischen Bereich und damit auch auf den der Regierung jedoch nicht explizit vor.

In der politischen Wirklichkeit geht die Bundesregierung mit den sie tragenden Fraktionen eine Verbindung ein; ihr steht die Opposition gegenüber. Das Grundgesetz kennt allerdings – jedenfalls ausdrücklich – nur den Dualismus von Bundesregierung und Bundestag, nicht aber den von Regierung und Opposition. Auch eine Differenzierung der Bundestagsabgeordneten entsprechend ihrer Beziehung zur Bundesregierung ist dem Grundgesetz auf den ersten Blick fremd (vgl. Art. 38 Abs. 1 S. 2 GG).

Die Exekutive weist in der Realität erhebliche institutionelle und personelle Unterschiede auf. Auch ihre Zuständigkeiten reichen vom Gesetzesinitiativrecht bis zum Erlass einer bauordnungsrechtlichen Verfügung. Aus diesem Grund liegt es durchaus nahe, die Exekutive in einen eher politisch geprägten und eher büro-

¹ Vgl. auch *Degenhart*, Staatsrecht I, 35. Aufl. (2019), Rn. 756 f.

kratisch geprägten Bereich, kurz in Regierungs- und Verwaltungsfunktion, zu teilen. Gleichwohl installiert das Grundgesetz ausdrücklich nur eine einheitliche vollziehende Gewalt (vgl. Art. 1 Abs. 3, Art. 20 Abs. 3 GG). Die Regierung und die Verwaltung begründet es nur in institutioneller, nicht aber in funktioneller Hinsicht.

Was bedeutet die fehlende explizite grundgesetzliche Anerkennung für die genannten, teils längst etablierten, anerkannten und bewährten Erscheinungen der politischen Wirklichkeit? Ist der parteipolitische Einfluss auf das amtliche Handeln der Bundesregierung grundgesetzlich verpönt² oder notwendig und gewollt?³ Liegt auch dem Grundgesetz der Dualismus von Regierung und Opposition zugrunde⁴ oder verharrt es im konstitutionell begründeten Organdualismus von Regierung und Gesamtparlament?⁵ Kennt das Grundgesetz innerhalb der Exekutive eine eigenständige Regierungs- und Verwaltungsfunktion⁶ oder handelt es sich hierbei allenfalls um empirisch-tatsächliche Unterschiede?⁷

Diese Überlegungen sind nicht nur von theoretischer Relevanz; sie sind richtungsweise für die Beantwortung exemplarisch herausgegriffener konkreter Rechtsfragen im Spannungsfeld von Regierung, Opposition, Verwaltung und Parteien: Ist die Einführung exklusiver Oppositionsrechte verfassungsrechtlich untersagt,⁸ zulässig⁹ oder sogar geboten?¹⁰ Ist der politische Beamte ein „Systemfehler“¹¹ und der parlamentarische Staatssekretär eine „Durchbrechung der horizontalen Gewaltenteilung zwischen Parlament und Regierung“¹² oder stellen beide Institute adäquate Strukturen dar, um das Zusammenwirken von Regierung, Parlament und Verwaltung und damit letztlich eine funktionsfähige Re-

² In diese Richtung *Kloepfer*, Verfassungsrecht I, 2011, § 18, Rn. 306 f.

³ *Gärditz*, JöR 64 (2016), 1 (12 f., 20 f.); in diese Richtung auch *Payandeh*, Der Staat 55 (2016), 519 (531).

⁴ Für eine implizite Anerkennung der Opposition durch das Grundgesetz *P. M. Huber*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), HStR, Bd. III, 3. Aufl. (2005), § 47, Rn. 38, siehe auch Rn. 70 f.

⁵ *Mundil*, Die Opposition, 2014, 35 f.

⁶ So beispielsweise *Detterbeck*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 17. Aufl. (2019), Rn. 4; *M. Schröder*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), HStR, Bd. III, 3. Aufl. (2005), § 64, Rn. 8; *ders.*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), HStR, Bd. V, 3. Aufl. (2007), § 106, Rn. 1 ff., 16 ff.

⁷ Dafür hingegen *Frotscher*, Regierung als Rechtsbegriff, 1975, 223, 231 f.; *Hermes*, in: *Dreier*, GG, Bd. 2, 3. Aufl. (2015), Art. 62, Rn. 33; *Oldiges/Brinktrine*, in: *Sachs*, GG, 8. Aufl. (2018), Art. 62, Rn. 26.

⁸ So BVerfG, NVwZ 2016, 922 (925); *Klenner*, DÖV 2018, 563 (565 ff.).

⁹ *Lassahn*, Anmerkung zu BVerfG, Urt. v. 3.5.2016. – 2 BvE 4/14, NVwZ 2016, 929 (930).

¹⁰ Sogar spezifische Oppositionsrechte auf Basis der aktuellen verfassungsrechtlichen Situation bejahend *Cancik*, NVwZ 2014, 18 (21).

¹¹ So *Lindner*, ZBR 2011, 150.

¹² So *Kloepfer*, Verfassungsrecht I, 2011, § 18, Rn. 219.

gierung sicherzustellen?¹³ Unterliegt die Bundesregierung für ihre Äußerungen einem Gebot der parteipolitischen Neutralität¹⁴ oder aufgrund ihrer parteipolitischen Überformung gerade nicht?¹⁵ Vermittelt eine Regierungsfunktion für entsprechende Regierungsäußerungen eine Befugnis¹⁶ und sonstige – bisweilen unentziehbare – Kompetenzen?¹⁷

II. Thesen und Ziele der Untersuchung

Trotz der zurückhaltenden Regelungstechnik des Grundgesetzes hält das positive Verfassungsrecht auf die beispielhaft gestellten Fragen Antworten bereit. Sie setzen jedoch, so die These, ein verfassungseigenes Vorverständnis über die Bundesregierung voraus. Beurteilt man etwa die rechtliche Zulässigkeit parteiergreifenden Verhaltens der Bundesregierung, benötigt es jedenfalls unausgesprochen eine Vorstellung darüber, in welcher Beziehung die Bundesregierung zu den sie tragenden politischen Parteien steht. Wird die Zulässigkeit für eine Institution wie des parlamentarischen Staatssekretärs untersucht, braucht es ein Verständnis davon, wie sich die Bundesregierung und der Bundestag gegenüber treten und ob dabei zwischen Regierungs- und Oppositionsfraktionen unterschieden werden muss. Dient die Vertrauensfrage (Art. 68 GG) dazu, um die Stabilität des Regierungssystems und die Handlungsfähigkeit der Regierung zu gewährleisten,¹⁸ erfordern Kategorien wie die „Stabilität“ des Regierungssystems oder die „Handlungsfähigkeit“ der Regierung ein Verständnis davon, wie das Regierungssystem funktionieren und welche Aufgaben die Regierung dabei mit welchen Akteuren erbringen sollte. Kurzum: Die Beantwortung zahlreicher verfassungsrechtlicher Fragestellungen setzt – vereinfacht gesagt – eine Vorstellung von der Rolle der Bundesregierung im Grundgesetz voraus. In Anlehnung an

¹³ So für den politischen Beamten *Hebeler*, in: Battis, BBG, 5. Aufl. (2017), § 54, Rn. 4.

¹⁴ Dafür beispielsweise *Eder*, Rote Karte, 2017, 138; *Zippelius/Würtenberger*, Deutsches Staatsrecht, 33. Aufl. (2018), § 42, Rn. 9.

¹⁵ Gegen ein eigenständiges Neutralitätsgebot beispielsweise *Payandeh*, Der Staat 55 (2016), 519 (529–537).

¹⁶ So beispielsweise *Detterbeck*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 17. Aufl. (2019), Rn. 300.

¹⁷ Aus einer Regierungsfunktion spezifische Regierungskompetenzen ableitend *M. Schröder*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Bd. III, 3. Aufl. (2005), § 64, Rn. 26 ff.

¹⁸ BVerfGE 114, 121 – 1. Leitsatz: „Die auf Auflösung des Bundestages gerichtete Vertrauensfrage ist nur dann verfassungsgemäß, wenn sie nicht nur den formellen Anforderungen, sondern auch dem Zweck des Art. 68 GG entspricht. Das Grundgesetz erstrebt mit Art. 63, Art. 67 und Art. 68 eine handlungsfähige Regierung.“ Siehe auch *M. Schröder*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), HStR, Bd. III, 3. Aufl. (2005), § 65, Rn. 40–42, zu einem Verfassungsziel der „Regierungsstabilität“ siehe Rn. 35.

Ernst-Wolfgang Böckenfördes Verständnis von Grundrechtstheorie könnte auch von einer „systematisch-orientierte[n] Auffassung über den allgemeinen Charakter“ und die „normative Zielrichtung“¹⁹ der Regierung, oder kurz: einer „grundgesetzlichen Theorie der Regierung“ gesprochen werden, wie sie bereits als ein verfassungsrechtliches Desiderat identifiziert wurde.²⁰

Erweist sich eine so verstandene Theorie der Regierung für die Rechtsgewinnung als notwendig, sollte sie jedoch im Interesse einer intersubjektiv-anererkennungswürdigen Rechtsgewinnung, vergleichbar eines Verfassungsvorverständnisses, soweit wie möglich transparent gemacht werden. Andernfalls werden Überlegungen in die Rechtsgewinnung eingeschleust, die nicht begründet, überprüft und revidiert werden können. Zudem ist ihnen ein Standort in der Rechtsgewinnung einzuräumen, der den Vorrang des positiven Rechts wahrt. Eine Theorie der Regierung soll zum Verständnis des positiven Verfassungsrechts beitragen, darf dieses aber nicht desavouieren.

Hier setzt die vorliegende Studie an. Sie zielt darauf ab, eine grundgesetzliche Theorie der Regierung zu entfalten, ihr aber einen angemessenen Platz in der Rechtsgewinnung zu verschaffen. Dabei wird zu zeigen versucht, dass eine wie hier verstandene Theorie der Regierung von der Verfassungsdogmatik und dem positiven Verfassungsrecht abgeschichtet und der grundgesetzlichen Verfassungstheorie zugeordnet werden sollte. Auf die Weise kann sie das Verständnis des Verfassungsrechts unterstützen, beansprucht aber nicht ihrerseits positivrechtliche oder dogmatische Qualität. Insoweit versteht sich die Arbeit zugleich als ein Beitrag zur Rechtsgewinnung im Verfassungsrecht, der dafür wirbt, das für die Rechtsgewinnung unausweichliche Vorverständnis sichtbar zu machen, seine Einwirkungen auf die Rechtsgewinnung im Interesse des Vorrangs des positiven Rechts aber reflektiert, kontrolliert und dadurch auch dosiert zu vollziehen.

III. Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes

1. Grundgesetzliche Theorie der Regierung: erste Annäherung

Eine Theorie der Regierung, die über die „normative Zielrichtung“ der Bundesregierung berichtet, müsste – vereinfacht gesagt – darüber informieren, „wozu“ das Grundgesetz die Bundesregierung installiert, was sie also in der grundgesetz-

¹⁹ *Böckenförde*, NJW 1974, 1529.

²⁰ *Gusy*, KritV 2018, 210 (218 f.); *ders.*, RuP 2017, 36 (43) jeweils mit Verweis auf *Ralf Poscher*; siehe hingegen zum Beispiel zu einer Theorie parlamentarischer Gesetzgebung *Schulze-Fielitz*, Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung, 1988, insbes. 135 ff.

lichen Verfassungsordnung zu „leisten“ hat.²¹ Angesprochen ist damit die Funktion der Bundesregierung, die sie in der grundgesetzlichen Verfassungsordnung erbringen soll. Da diese Funktion in der gewaltengegliederten Verfassungsordnung des Grundgesetzes auf das Zusammenwirken verschiedener Akteure angewiesen ist, setzt dies zwangsläufig ebenso ein Verständnis von der Beziehung der Bundesregierung zu anderen Institutionen des Verfassungsrechts voraus.

2. Grundgesetzliche Theorie der Regierung: weitere Präzisierung

a) Beitrag zur Rechtserzeugung

Informiert eine Theorie der Regierung darüber, was die Regierung „leisten“ soll, wird das Leistungsvermögen im Folgenden auf die Rechtserzeugung bezogen.²² Dafür spricht die in dieser Studie eingenommene rechtswissenschaftliche Perspektive: Begreift man Rechtswissenschaft als Normwissenschaft,²³ wird menschliches Verhalten – aus rechtswissenschaftlicher Brille – nur erfasst, soweit es „in Rechtsnormen als Bedingung oder Folge bestimmt“²⁴ ist. Diese Perspektive sensibilisiert für die Erkenntnisleistungen der Rechtswissenschaft, die auf den Inhalt und die Erzeugung von Rechtsnormen bezogen sind. Wird das Leistungsvermögen der Regierung in den Blick genommen, kann die Rechtswissenschaft dieses also insbesondere hinsichtlich der Erzeugung von Rechtsnormen begreifen.

Das schließt es freilich keinesfalls aus, tatsächliche Leistungsfähigkeiten der Regierung zu berücksichtigen. Eine rechtswissenschaftliche Theorie der Regie-

²¹ Ähnlich für eine „Theorie der Opposition“ *Volkman*, ZParl 48 (2017), 473 (474), die darüber informiert, „was eine Institution ihrem Wesen nach ausmacht, wozu sie da ist und wie politisches Leben gewinnt, als was sie also im eigentlichen und tieferen Sinne begriffen wird.“ (Herv. im Orig.). Insoweit dürfte eine „Theorie der Regierung“ auch Überschneidungen mit der von *Lepsius*, EuGRZ 2004, 370 (379) eingeforderten Theorie der Institutionen aufweisen, die untersucht, „was Kompetenzträger und Organisationen faktisch leisten und normativ erbringen können, dann aber auch erbringen müssen und nicht delegieren dürfen.“ Unterschiede dürften sich insoweit ergeben, dass eine hier untersuchte Theorie der Regierung zum einen weniger danach fragt, was die Bundesregierung faktisch leisten kann, und zum anderen die Überlegungen einer Theorie der Regierung auch nicht unmittelbar positiv-rechtliche Verpflichtungen nach sich ziehen, also nicht anordnet, was die Bundesregierung „erbringen muss“ und „nicht delegiert werden darf“, sondern lediglich informiert, was die Bundesregierung erbringen sollte und nicht delegieren sollte, auch wenn sich dies im Sinne einer Rechtserkenntnisquelle situativ auf die Rechtsgewinnung auswirken kann.

²² Siehe hierzu und zum Folgenden bereits *Honer*, JZ 2023, 476 (480 f.).

²³ *Kelsen*, Reine Rechtslehre, 2. Aufl. (1960), 149 ff.; ebenso zur Rechtswissenschaft als Normwissenschaft *Dreier*, in: ders. (Hrsg.), Rechtswissenschaft als Beruf, 2018, 1 (2 ff.).

²⁴ *Kelsen*, Reine Rechtslehre, 2. Aufl. (1960), S. 139.

rung, die nach dem Vermögen der Regierung zur Rechtserzeugung fragt, sollte diese jedoch auf die Rechtserzeugung beziehen. Ob die Bundesregierung also beispielsweise integriert, polarisiert oder stabilisiert, wäre zumindest von einer rechtswissenschaftlichen Theorie der Regierung nicht zu beantworten. Vergleichbares gilt für Formeln wie die „Oberleitung des Staates“²⁵ oder „die verantwortliche Leitung des Ganzen der inneren und äußeren Politik“²⁶. Sie können die Regierungstätigkeit praktisch illustrieren. Sie dürften allerdings die Erkenntnisleistungen der Rechtswissenschaft überschreiten und für eine vorhersehbare Rechtsanwendung nur eingeschränkt praktikabel sein.

b) Idealer Beitrag zur Rechtserzeugung

Die normative Stoßrichtung der hier zugrunde gelegten rechtswissenschaftlichen Perspektive legt es zudem nahe, nicht nur darüber zu berichten, welchen Beitrag die Regierung zur Rechtserzeugung *typischerweise* erbringt oder *tatsächlich* erbringen kann, sondern welchen Beitrag sie idealiter erbringen *sollte*. Gefragt ist demnach nicht unmittelbar nach der tatsächlichen Leistung und Leistungsfähigkeit, sondern nach dem der Regierung normativ zugeordneten Rechtserzeugungsbeitrag. Dafür sind Kriterien in die Analyse einzubeziehen, die Maßstäbe für die Verteilung von Rechtserzeugungskompetenzen bieten. Diese hält insbesondere der Grundsatz der Gewaltengliederung bereit. Eine Theorie der Regierung wäre daher in ein Modell der Gewaltengliederung einzupflegen.²⁷

c) Idealer Beitrag der Bundesregierung zur Rechtserzeugung

Um zu bestimmen, welchen Rechtserzeugungsabschnitt die Regierung idealiter erbringen sollte, wäre zu berücksichtigen, über welche normativ angelegten institutionellen Entscheidungs- und Rahmenbedingungen die mit diesem Entscheidungsschritt betrauten Akteure verfügen. Das spricht dafür, die Betrachtung auf die institutionellen Rahmenbedingungen einer Institution zu beschränken.²⁸ Dies entspricht dem Ansatz eines organisationsbezogenen Verfassungsrechts, das stärker den Zusammenhang von Organisation und Entscheidung in den Blick nimmt²⁹

²⁵ Scheuner, in: FS Smend, 1952, 253 (277).

²⁶ BVerfGE 105, 279 (301).

²⁷ Siehe auch Horn, in: Stern/Sodan/Möstl (Hrsg.), Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II, 2. Aufl. (2022), § 45, Rn. 24, wonach es auf der Folie der Gewaltenteilung gelingen könne, „die an der Staatsleitung beteiligten Organe in ihren Beziehungen zueinander zu erfassen“.

²⁸ Siehe auch für eine Theorie der Herrschaftsformen Lepsius, EuGRZ 2004, 370 (379 f.).

²⁹ Siehe dazu Pilniok, in: Krüper/ders. (Hrsg.), Organisationsverfassungsrecht, 2019, 1 (16 f.).

und so zu einer Institutionentheorie beiträgt, der es um „konkrete Herrschaftsträger, nicht um abstrakte Gewalten“ geht.³⁰

Mit Blick auf die an dieser Stelle zu untersuchende Funktion der Regierung liegt hierfür freilich das Regierungsorgan nahe.³¹ Das ist nicht nur einer terminologischen Verwandtschaft geschuldet. Vielmehr verfügt die Bundesregierung innerhalb der Exekutive über eine hinreichend eigenständige institutionelle Gestalt, die sie zu einem selbstständigen Rechtserzeugungsschritt prädestiniert. Eine wie hier verstandene Theorie der Regierung wird daher ausschließlich auf das Regierungsorgan bezogen. Das erklärt auch die hier gewählte Terminologie: Um die institutionelle und funktionelle Perspektive zum Ausdruck zu bringen, wird vorliegend von „Theorie der *Regierung*“ gesprochen, da die Bezeichnung „Regierung“ sowohl das institutionelle als auch das funktionelle Element einschließt.

Die Klarstellung, wonach sich die vorliegend zu ermittelnde Theorie der Regierung exklusiv auf die Bundesregierung bezieht, mag verwundern und selbstverständlich erscheinen – zumal bisher abwechselnd von Regierung und Bundesregierung gesprochen wurde. Wird vorliegend aber nach dem idealen Beitrag der Regierung für die Rechtserzeugung gefragt, überschneidet sich dies mit dem, was in der Verfassungsrechtswissenschaft als *Regierungs-*³² oder auch als *Staatsleitungsfunktion*³³ bezeichnet, nach überwiegender Auffassung allerdings als eine organübergreifende Staatsfunktion qualifiziert wird.³⁴ Ob eine so verstandene Regierungs- und Staatsleitungsfunktion neben der hier zu ermittelnden Theorie der Regierung positiv-rechtlich für das Grundgesetz anzuerkennen ist, kann vorläufig dahinstehen.³⁵ Aufgrund ihres organübergreifenden Charakters verspricht sie aus verfassungsrechtlicher Perspektive jedoch allenfalls einen überschaubaren Ertrag. Das steht organübergreifenden Funktionsbetrachtungen aus politikwissenschaftlicher Perspektive keineswegs entgegen. Sie können institu-

³⁰ Dafür *Lepsius*, EuGRZ 2004, 370 (379).

³¹ Als Bezugspunkt für einen rechtswissenschaftlichen Regierungsbegriff ebenso die Regierungsinstitution ausmachend *Gärditz*, in: Krüper/Pilniok (Hrsg.), *Die Organisationsverfassung der Regierung*, 2021, S. 25 (53 f.) sowie *Horn* in: Stern/Sodan/Möstl (Hrsg.), *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. II, 2. Aufl. (2022), § 45, Fn. 72.

³² Zur Regierungsfunktion siehe *Gärditz* in: Krüper/Pilniok (Hrsg.), *Die Organisationsverfassung der Regierung*, 2021, 25 ff.; *Horn*, in: Stern/Sodan/Möstl (Hrsg.), *Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. II, 2. Aufl. (2022), § 45, Rn. 3 ff.; *M. Schröder*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HStR*, Bd. V, 3. Aufl. (2007) § 106, Rn. 1 ff.

³³ Siehe nur BVerfGE 105, 252 (268 ff.); 279 (301 ff.).

³⁴ *Nußberger*, in: *VVDStRL* 81 (2022), 7 (14); *M. Schröder*, in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HStR*, Bd. III, 3. Aufl. (2005), § 64, Rn. 10; *ders.* in: *Isensee/Kirchhof* (Hrsg.), *HStR*, Bd. V, 3. Aufl. (2007) § 106, Rn. 7, 10.

³⁵ Siehe dazu Teil 2 II. 2.

tionenübergreifende Handlungs- und Wirkungszusammenhänge treffend beschreiben. Normativ sind sie aber kaum operabel. Das dürfte zum Beispiel auch für die von *Ernst Friesenhahn* geprägte Formel von der „Staatsleitung zur gesamten Hand“ gelten.³⁶ Sie illustriert das notwendige Zusammenwirken von Bundesregierung und Bundestag bei grundlegenden Richtungsentscheidungen, ist für normative Schlussfolgerungen jedoch weitgehend ungeeignet.³⁷

3. Zwischenfazit: Worüber soll eine grundgesetzliche Theorie der Regierung informieren – und worüber nicht?

Wurde zuvor festgehalten, dass eine Theorie der Regierung darüber aufklärt, was die Bundesregierung „leisten“ soll, lässt sich nun präzisieren: Eine wie hier verstandene Theorie der Regierung berichtet über den idealtypischen Rechtserzeugungsbeitrag der Bundesregierung und ihr dabei notwendiges Zusammenwirken mit übrigen Akteuren des Verfassungsrechts. Insoweit geht eine Theorie der Regierung damit sachgegenständlich weitgehend in dem auf, was langläufig als „materielle Regierung“ oder „Regierungsfunktion“ bezeichnet wird,³⁸ bezieht sich an dieser Stelle aber einzig auf das Regierungsorgan. Zudem fokussiert sie ausschließlich auf die Rechtserzeugung; sonstiges Leistungsvermögen wird ausgeklammert. Auch sonst verfügt eine wie hier verstandene Theorie der Regierung über eine nur zurückgenommene Aussagekraft: Wie zu zeigen sein wird, trägt eine Theorie der Regierung zur Auslegung und Anwendung grundgesetzlicher Bestimmungen mit Regierungsbezug bei. Damit beschreibt eine Theorie der Regierung aber nicht selbst die positiv-rechtlichen gubernativen Verfassungsnormen, sondern bildet vielmehr das bei ihrer Auslegung und Anwendung zugrundeliegende Vorverständnis. Schließlich widmet sich die vorliegende Studie nicht den Rechtsbeziehungen innerhalb der Bundesregierung oder der Stellung einzelner Akteure³⁹ der Bundesregierung im Verfassungsgefüge. Stattdessen blickt die Untersuchung auf die Institution der Bundesregierung als Ganzes innerhalb der grundgesetzlichen Verfassungsordnung.

³⁶ *Friesenhahn*, in: VVDStRL 16 (1958), 38.

³⁷ So auch *Gärditz*, in: Krüper/Pilniok (Hrsg.), *Die Organisationsverfassung der Regierung*, 2021, 25 (43 f.).

³⁸ Ausf. dazu *M. Schröder*, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), *HStR*, Bd. V, 3. Aufl. (2007), § 106, Rn. 1 ff.; zu den unterschiedlichen Regierungsbegriffen siehe auch *Gärditz*, in: Krüper/Pilniok (Hrsg.), *Die Organisationsverfassung der Regierung*, 2021, 25 f.

³⁹ Speziell zur rechtlichen Stellung des Bundeskanzlers nunmehr *Lennartz*, *Kanzlerdemokratie*, 2023.

IV. Gang der Untersuchung

Sollen mithilfe einer Theorie der Regierung rechtliche Fragen mit Regierungsbezug beantwortet werden, ist zuvor zu untersuchen, wie eine solche Theorie der Regierung für die Rechtsgewinnung begründet und im Vorgang der Rechtsgewinnung auf dogmatische Fragestellungen angewendet werden kann (Teil 1). Dafür muss ein solcher methodischer Rahmen entwickelt werden, der das unausweichliche theoretische Vorverständnis sichtbar und damit auch kritisierbar macht, aber den Vorrang des positiven Rechts wahrt. Hier liegt ein erster Schwerpunkt der Studie. Im Mittelpunkt dessen steht die Unterscheidung und Abschichtung von (Verfassungs-)Theorie, positivem (Verfassungs-)Recht und (Verfassungs-)Dogmatik, die vorliegend auch als rechtstheoretische, rechtsnormative und rechtspraktische Schicht bezeichnet werden. Die Terminologie soll die gleichermaßen notwendige, aber jeweils unterschiedliche Rolle der verschiedenen Ebenen für die Rechtsgewinnung unterstreichen. Zugleich wird mit der eigenen Terminologie ein im Vergleich zum etablierten Gebrauch teilweise abweichendes Verständnis von (Verfassungs-)Theorie, positivem (Verfassungs-)Recht und (Verfassungs-)Dogmatik markiert: So wird an dieser Stelle für einen weit verstandenen Begriff von (Verfassungs-)Theorie und – damit korrespondierend – einen engen Begriff von (Verfassungs-)Dogmatik plädiert. Eine weit verstandene Verfassungstheorie bietet, so die in Teil 1 zu begründende These, eine angemessene Ebene, um eine Theorie der Regierung zu entfalten, ohne den Vorrang des positiven Rechts zu gefährden.

Die Begründung und Ermittlung einer Theorie der Regierung stehen im Mittelpunkt der darauffolgenden Überlegungen (Teil 2). Auf Basis des zuvor aufgezeigten methodischen Konzepts sollen die grundgesetzlichen Vorannahmen bezüglich des „allgemeinen Charakters“ und der „normativen Zielrichtung“ des Organs und der Funktion der Regierung, also die Theorie der Regierung, gewonnen werden. Dabei entspricht es der hier gewählten institutionellen Fokussierung, zunächst die normativ angelegten organisatorischen Entscheidungs- und Rahmenbedingungen des Regierungsorgans zu analysieren, bevor in ihrem Licht der der Bundesregierung zugeordnete Rechtserzeugungsbeitrag, gewissermaßen die Regierungsfunktion, bestimmt werden kann. Im Anschluss wird zu diskutieren sein, ob das Grundgesetz eine Regierungsfunktion nicht nur auf verfassungstheoretischer, sondern ebenso auf positiv-rechtlicher Ebene kennt. Angesprochen ist damit die bereits von *Werner Frotscher* diskutierte Frage nach einem grundgesetzlichen Rechtsbegriff „materieller Regierung“.⁴⁰

⁴⁰ Siehe hierzu *Frotscher*, Regierung als Rechtsbegriff, 1975.

Schließlich ist die Theorie der Regierung auf verschiedene rechtliche Probleme mit Regierungsbezug anzuwenden (Teil 3). Das betrifft unter anderem die bereits aufgeworfenen Fragen im Spannungsfeld von Regierung und Parlament, Regierung und Opposition, Regierung und Verwaltung. Hinzu tritt die Regierungskommunikation, die aufgrund ihrer fehlenden ausdrücklichen Normierung in besonderer Weise auf theoretische Erkenntnisse zu Organ und Funktion der Regierung angewiesen ist. Die Themenkomplexe werden allerdings nicht vollumfänglich rechtsdogmatisch aufbereitet. Stattdessen werden punktuelle Fragestellungen aufgegriffen, an denen sich der Inhalt und die normative Wirkung einer Theorie der Regierung veranschaulichen lassen.

Literaturverzeichnis

- Abbé, Sophia Elena*, Verbraucherschutz durch Transparenz? Eine verfassungs- und verwaltungsrechtliche Studie zur Veröffentlichung amtlicher Ergebnisse der beim Lebensmittel-Einzelhandel durchgeführten Lebensmittelkontrollen, Berlin 2017.
- Abraham, Markus*, Der Sachverhalt als Relief, die Norm als Schablone, in: *RphZ* 2019, S. 369–384.
- Achenbach, Jelena von*, Reform der Regierungsbefragung im Bundestag – Verfassungsrechtliche Grundfragen und Kritik, in: *Der Staat* 58 (2019), S. 325–344.
- Albers, Marion*, Höchststrichterliche Rechtsfindung und Auslegung gerichtlicher Entscheidungen, in: *VVDStRL* 71 (2012), S. 257–291.
- Albert, Hans*, Traktat über kritische Vernunft, 3. Aufl., Tübingen 1975.
- Albrecht, Rüdiger Konradin*, Zumutbarkeit als Verfassungsmaßstab. Der eigenständige Gehalt des Zumutbarkeitsgedankens in Abgrenzung zum Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, Berlin 1995.
- Alexy, Robert*, Theorie der juristischen Argumentation. Die Theorie des rationalen Diskurses als Theorie der juristischen Begründung, 8. Aufl., Frankfurt am Main 2015.
- Ders.*, Theorie der Grundrechte, 8. Aufl., Frankfurt am Main 2018.
- Arendt, Hannah*, Wahrheit und Lüge in der Politik, München 1972.
- Arnau, Andreas v.*, Rechtssicherheit – Perspektivische Annäherungen an eine idée directrice des Rechts, Tübingen 2006.
- Ders.*, Öffnung der öffentlich-rechtlichen Methode durch Internationalität und Interdisziplinarität: Erscheinungsformen, Chancen, Grenzen, in: *VVDStRL* 74 (2015), S. 39–87.
- Arnim, Hans Herbert v.*, Staat ohne Diener: Was schert die Politiker das Wohl des Volkes?, München 1993.
- Augsberg, Ino*, Theorien der Grund- und Menschenrechte, Tübingen 2021.
- Ders.*, Selbstbestimmung und Fremdbestimmung in der liberalen Demokratie, in: *VVDStRL* 82 (2023), S. 29–65.
- Avanessian, Armen*, Konflikt. Von der Dringlichkeit, die Probleme von morgen schon heute zu lösen, Berlin 2022.
- Badura, Peter*, Die parlamentarische Verantwortlichkeit der Minister, in: *ZParl* 11 (1980), S. 573–582.
- Ders.*, Die Dogmatik des Staatsrechts im Wandel vom Bismarckreich über die Weimarer Republik zur Bundesrepublik, in: *Der Staat – Beiheft* 11 (1996), S. 133–157.
- Ders.*, Das politische Amt des Ministers, in: Murswiek, Dietrich/Storost, Ulrich/Wolff, Heinrich A. (Hrsg.), *Staat – Souveränität – Verfassung*. Festschrift für Helmut Quaritsch zum 70. Geburtstag, Berlin 2000, S. 295–305.
- Ders.*, Die parlamentarische Demokratie, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts*, Band II: Verfassungsstaat, 3. Aufl., Heidelberg 2004, § 25, S. 497–540.

- Ders.*, Verfassungsänderung, Verfassungswandel, Verfassungsgewohnheitsrecht, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band XII: Normativität und Schutz der Verfassung, 3. Aufl., Heidelberg 2014, § 270, S. 591–612.
- Baer, Susanne*, Vermutungen zu Kernbereichen der Regierung und Befugnissen des Parlaments, in: Der Staat 40 (2001), S. 525–552.
- Dies.*, Schlüsselbegriffe, Typen und Leitbilder als Erkenntnismittel und ihr Verhältnis zur Rechtsdogmatik, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard/Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, Baden-Baden 2004, S. 223–251.
- Barczak, Tristan*, Die parteipolitische Äußerungsbefugnis von Amtsträgern. Eine Gratwanderung zwischen Neutralitätsgebot und politischem Wettbewerb, in: NVwZ 2015, S. 1014–1020.
- Ders.*, Rechtsbegriffe, in: JuS 2020, S. 905–910.
- Battis, Ulrich* (Hrsg.), Bundesbeamtengesetz. Kommentar, 4. Aufl., München 2009.
- Ders.* (Hrsg.), Bundesbeamtengesetz. Kommentar, 5. Aufl., München 2017.
- Ders.*, Beamtenrecht, in: Ehlers, Dirk/Fehling, Michael/Pünder, Hermann (Hrsg.), Besonderes Verwaltungsrecht, Band 3, 4. Aufl., Heidelberg 2021, § 87, S. 1547–1619.
- Bender, Philipp*, Würde ohne Meinung? Das Amt des kommunalen Wahlbeamten im politischen Meinungskampf vor dem Hintergrund einer funktionalen Neutralitätspflicht, in: NWVBl. 2016, S. 143–149.
- Berwanger, Jörg*, Deutsche Pkw-Maut – Ein Fall für die Staatshaftung?, in: NJOZ 2019, S. 1521–1552.
- Ders.*, Noch einmal: Die verlorenen Maut-Millionen, in: NVwZ 2024, S. 1144–1148.
- Bethge, Herbert*, Zur verfassungsrechtlichen Legitimation informalen Staatshandelns, in: Jura 2003, S. 327–333.
- Böckenförde, Ernst Wolfgang*, Die Organisationsgewalt im Bereich der Regierung. Eine Untersuchung zum Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1964.
- Ders.*, Das Grundrecht der Gewissensfreiheit, in: VVDStRL 28 (1970), S. 33–88.
- Ders.*, Grundrechtstheorie und Grundrechtsinterpretation, in: NJW 1974, S. 1529–1538.
- Ders.*, Die Methoden der Verfassungsinterpretation – Bestandsaufnahme und Kritik, in: NJW 1976, S. 2089–2099.
- Ders.*, Organisationsgewalt und Gesetzesvorbehalt, in: NJW 1999, S. 1235 f.
- Ders.*, „Kopftuchstreit“ auf dem richtigen Weg?, in: NJW 2001, S. 723–728.
- Ders.*, Die Bedeutung der Unterscheidung von Staat und Gesellschaft im demokratischen Sozialstaat der Gegenwart, in: ders., Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Erw. Ausg., Frankfurt am Main 2006, S. 209–243.
- Ders.*, Der Staat als Organismus. Zur staatstheoretisch-verfassungspolitischen Diskussion im frühen Konstitutionalismus, in: ders., Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Erw. Ausg., Frankfurt am Main 2006, S. 263–272.
- Ders.*, Der deutsche Typ der konstitutionellen Monarchie im 19. Jahrhundert, in: ders., Recht, Staat, Freiheit. Studien zur Rechtsphilosophie, Staatstheorie und Verfassungsgeschichte, Erw. Ausg., Frankfurt am Main 2006, S. 273–305.
- Bogdandy, Armin v.*, Gubernative Rechtsetzung, Tübingen 2000.
- Bosch, Lea*, Die Minderheitsregierung im Regierungssystem des Grundgesetzes, Tübingen 2022.
- Bracher, Christian-Dietrich*, Vertrauen in politische Anschauungen und persönliche Loyalität bei beamtenrechtlichen Auswahlentscheidungen, in: DVBl. 2001, S. 19–27.
- Brautinger, Philipp*, Die Vertrauensfrage nach Art. 68 GG. Verfassungsrechtliche Grundlagen, Verfahren und Probleme, Hamburg 2013.

- Brand, Franziska*, Europapolitische Kommunikation zwischen Bundestag und Bundesregierung. Die Umsetzung der parlamentarischen Mitwirkungs- und exekutiven Kooperationspflicht nach Art. 23 Abs. 2 und Abs. 3 GG, Berlin 2015.
- Brandt, Edmund/Henning, Klaus Jürgen*, Die Aufsicht von Ministerien über Bundesoberbehörden, in: *Verwaltungsrundschau* 1982, S. 181–187.
- Braun, Johann*, Rechtsanwendung als Rechtserkenntnis, in: *RphZ* 2020, S. 40–58.
- Braun, Johanna*, Leitbilder im Recht, Tübingen 2015.
- Bredt, Stephan*, Constitutional Economics und gewaltenteiliges Demokratieverständnis, in: *Der Staat* 46 (2007), S. 589–604.
- Brenner, Michael*, Das Prinzip Parlamentarismus, in: Iseensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane*, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 44, S. 477–519.
- Brinktrine, Ralf*, Organisationsgewalt der Regierung und der Vorbehalt des Gesetzes – zur Reichweite der „Wesentlichkeitstheorie“ am Beispiel der Zusammenlegung von Justiz- und Innenministerium in Nordrhein-Westfalen, in: *Jura* 2000, S. 123–132.
- Brohm, Winfried*, Die Dogmatik des Verwaltungsrechts vor den Gegenwartsaufgaben der Verwaltung, in: *VVDStRL* 30 (1972), S. 245–312.
- Brugger, Winfried*, Elemente verfassungsliberaler Grundrechtstheorie, in: *JZ* 1987, S. 633–640.
- Bryde, Brun-Otto*, Personalvertretung in der parlamentarischen Demokratie, in: Becker, Bernd/Bull, Hans Peter/Seewald, Otfried (Hrsg.), *Festschrift für Werner Thieme zum 70. Geburtstag*, Köln/Berlin/Bonn (u. a.) 1993, S. 9–24.
- Ders.*, Die bundesrepublikanische Volksdemokratie als Irrweg der Demokratietheorie, in: *Staatwissenschaften und Staatspraxis* 5 (1994), S. 305–330.
- Bucher, Eugen*, *Das subjektive Recht als Normsetzungsbefugnis*, Tübingen 1965.
- Bumke, Christian*, Der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung im Spannungsfeld der staatlichen Gewalten, in: *DÖV* 1989, S. 45–54.
- Ders.*, Publikumsinformation. Erscheinungsformen, Funktionen und verfassungsrechtlicher Rahmen einer Handlungsform des Gewährleistungsstaates, in: *Die Verwaltung* 37 (2004), S. 3–33.
- Ders.*, Rechtsdogmatik. Überlegungen zur Entwicklung und zu den Formen einer Denk- und Arbeitsweise der deutschen Rechtswissenschaft, in: *JZ* 2014, S. 641–650.
- Ders.*, Rechtsdogmatik – Eine Disziplin und ihre Arbeitsweise. Zugleich eine Studie über das rechtsdogmatische Arbeiten Friedrich Carl von Savignys, Tübingen 2017.
- Bung, Jochen*, „Die Begriffsbestimmtheit gibt nur eine allgemeine Grenze, innerhalb deren noch ein Hin- und Hergehen stattfindet“, in: *RphZ* 2019, S. 357–368.
- Busse, Volker*, Organisation der Bundesregierung und Organisationsentscheidungen der Bundeskanzler in ihrer historischen Entwicklung und im Spannungsfeld zwischen Exekutive und Legislative, in: *Der Staat* 45 (2006), S. 245–268.
- Butzer, Hermann*, Der Bereich des schlichten Parlamentsbeschlusses. Ein Beitrag insbesondere zur Frage der Substitution des förmlichen Gesetzes durch schlichten Parlamentsbeschluss, in: *AöR* 119 (1994), S. 62–106.
- Calliess, Christian*, Auswärtige Gewalt, in: Iseensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts, Band IV: Auswärtige Gewalt*, 3. Aufl., Heidelberg 2006, § 83, S. 589–632.
- Canaris, Claus-Wilhelm*, Funktion, Struktur und Falsifikation juristischer Theorien, in: *JZ* 1993, S. 377–391.
- Cancik, Pascale*, Der „Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung“ – zur Relativität eines suggestiven Topos, in: *ZParl* 2014, S. 885–907.

- Ders.*, Wirkungsmöglichkeiten parlamentarischer Opposition im Falle einer qualifizierten Großen Koalition, in: NVwZ 2014, S. 18–24.
- Clam, Jean*, Was heißt, sich an Differenz statt an Identität zu orientieren? Zur De-ontologisierung in Philosophie und Sozialwissenschaft, Konstanz 2002.
- Coelln, Christian von*, Freiheit der Kunst und der Wissenschaft, in: Stern, Klaus/Sodan, Helge/Möstl, Markus (Hrsg.), Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band IV, 2. Aufl., München 2022, § 123, S. 805–835.
- Cremer, Hans-Joachim*, Anwendungsorientierte Verfassungsauslegung – Der Status des Bundestagsabgeordneten im Spiegel der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Baden-Baden 2000.
- Ders.*, Der Osho-Beschluss des BVerfG – BVerfGE 105, 279, in: JuS 2003, S. 747–751.
- Crouch, Colin*, Postdemokratie, 14. Aufl., Frankfurt am Main 2020.
- Czybulka, Detlef*, Die Legitimation der öffentlichen Verwaltung unter Berücksichtigung ihrer Organisation sowie der Entstehungsgeschichte zum Grundgesetz, Heidelberg 1989.
- Degenhart, Christoph*, Der Verwaltungsvorbehalt, in: NJW 1984, S. 2184–2190.
- Ders.*, Staatsrecht I. Staatsorganisationsrecht, 35. Aufl., Heidelberg 2019.
- Detterbeck, Steffen*, Innere Ordnung der Bundesregierung, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 66, S. 1159–1200.
- Ders.*, Allgemeines Verwaltungsrecht mit Verwaltungsprozessrecht, 17. Aufl., München 2019.
- Depenheuer, Otto*, Der Wortlaut als Grenze – Thesen zu einem Topos der Verfassungsinterpretation, Heidelberg 1988.
- Ders.*, Das öffentliche Amt, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 36, S. 87–130.
- Ders.*, Funktionen der Verfassung, in: ders./Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), Verfassungstheorie, Tübingen 2010, § 16, S. 537–568.
- Derlien, Hans-Ulrich/Böhme, Doris/Heindl, Markus*, Bürokratietheorie. Einführung in eine Theorie der Verwaltung, Wiesbaden 2011.
- Deutscher Bundestag/Bundesarchiv* (Hrsg.), Der Parlamentarische Rat 1948–1949. Akten und Protokolle, Bd. 14/1. Hauptausschuss, Boppard 2009.
- Di Fabio, Udo*, Der juristische Begriff des Politischen, Trier 2001.
- Ders.*, Gewaltenteilung, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band II: Verfassungsstaat, 3. Aufl., Heidelberg 2004, § 27, S. 613–658.
- Dickmann, Roman*, Die Ministerhaftung und der Fall Andreas Scheuer, in: NJOZ 2024, S. 481–492.
- Dişçi, Duygu*, Der Grundsatz politischer Neutralität – Grenzen der Äußerungsbefugnis politischer Amtsträger, Berlin 2019.
- Dittmann, Armin*, Die Bundesverwaltung, Tübingen 1983.
- Döhler, Marian*, Die begrenzte Rationalität von Delegation und Steuerung in der Bundesverwaltung, in: Ganghof, Steffen/Manow, Philip (Hrsg.), Mechanismen der Politik. Strategische Interaktionen im deutschen Regierungssystem, Frankfurt am Main/New York 2005, S. 215–243.
- Dolzer, Rudolf*, Das parlamentarische Regierungssystem und der Bundesrat – Entwicklungsstand und Reformbedarf, in: VVDStRL 58 (1999), S. 7–38.
- Dörner, Andreas*, Politainment – Politik in der medialen Erlebnisgesellschaft, Frankfurt am Main 2001.
- Dreier, Horst*, Hierarchische Verwaltung im demokratischen Staat – Genese, aktuelle Bedeutung und funktionelle Grenzen eines Bauprinzips der Exekutive, Tübingen 1991.

- Ders.*, Grenzen demokratischer Freiheit im Verfassungsstaat, in: JZ 1994, S. 741–752.
- Ders.* (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Band I: Art. 1–19, 3. Aufl., Tübingen 2013.
- Ders.* (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Band II: Art. 20–82, 3. Aufl., Tübingen 2015.
- Ders.* (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Band III: Art. 83–146, 3. Aufl., Tübingen 2018.
- Ders.*, Rechtswissenschaft als Wissenschaft – Zehn Thesen, in: *ders.* (Hrsg.) Rechtswissenschaft als Beruf, Tübingen 2018, S. 1–65.
- Dreier, Ralf*, Was ist und wozu Allgemeine Rechtstheorie?, Tübingen 1975.
- Ders.*, Zur Theoriebildung in der Jurisprudenz, in: *ders.* (Hrsg.), Recht-Moral-Ideologie, S. 70–105.
- Droege, Michael*, Neutralität als Verfassungsgebot? Die Exekutiv und der politische Prozess, in: VVDStRL 81 (2022), S. 297–353.
- Durner, Wolfgang*, Verfassungsbindung deutscher Europapolitik, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band X: Deutschland in der Staatengemeinschaft, 3. Aufl., Heidelberg 2012, § 216, S. 433–459.
- Eder, Christian*, „Rote Karte“ gegen „Spinner“? Bedeutung und Reichweite staatlicher Neutralitätspflichten in der politischen Auseinandersetzung, Berlin 2017.
- Ehlers, Dirk/Hermann Pünder*, Staatliche Verwaltung, in: *dies.* (Hrsg.), Allgemeines Verwaltungsrecht, 16. Aufl. (2022), § 1, S. 1–90.
- Ehmke, Horst*, Prinzipien der Verfassungsinterpretation, in: VVDStRL 20 (1963), S. 53–102.
- Eifert, Martin*, Zum Verhältnis von Dogmatik und pluralisierter Rechtswissenschaft, in: Kirchhof, Gregor/Magen, Stefan/Schneider, Karsten (Hrsg.), Was weiß Dogmatik? Was leistet und wie steuert die Dogmatik des Öffentlichen Rechts?, Tübingen 2012, S. 79–96.
- Ellscheid, Günter*, Strukturen naturrechtlichen Denkens, in: Hassemer, Winfried/Neumann, Ulfrid/Saliger, Frank (Hrsg.), Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 9. Aufl. (2016), S. 143–200.
- Ellwein, Thomas*, Regieren und Verwalten. Eine kritische Einführung, Opladen 1976.
- Elmers, Christine*, Die Praxis der Bundesauftragsverwaltung. Eine Untersuchung am Beispiel des Vollzugs des Bundesausbildungsförderungsgesetzes, Berlin 2015.
- Enders, Christoph*, Die Menschenwürde in der Verfassungsordnung. Zur Dogmatik des Art. 1 GG, Tübingen 1997.
- Engisch, Karl*, Logische Studien zur Gesetzesanwendung, 3. Aufl., Heidelberg 1963.
- Ders.*, Formale Logik, Begriff und Konstruktion in ihrer Bedeutung und Tragweite für die Rechtswissenschaft, in: Kohlmann, Günter (Hrsg.), Festschrift für Ulrich Klug zum 70. Geburtstag, Band I: Rechtsphilosophie, Rechtstheorie, Köln 1983, S. 33–54.
- Ders.*, Einführung in das juristische Denken, 12. Aufl., Stuttgart 2018.
- Esser, Josef*, Vorverständnis und Methodenwahl in der Rechtsfindung – Rationalitätsgrundlagen richterlicher Entscheidungspraxis, Frankfurt am Main 1972.
- Ders.*, Dogmatik zwischen Theorie und Praxis, in: Baur, Fritz/Esser, Josef/Kübler, Friedrich (Hrsg. u. a.), Funktionswandel der Privatrechtsinstitution. Festschrift für Ludwig Raiser zum 70. Geburtstag, Tübingen 1974, S. 517–539.
- Ders.*, Vorverständnis und Methodenwahl in der Rechtsfindung. Rationalitätsgrundlagen richterlicher Entscheidungspraxis, in: Grundmann, Stefan/Micklitz, Hans-W./Renner, Moritz (Hrsg.), Privatrechtstheorie, Band I, Tübingen 2015, S. 66–97.
- Fallon, Richard H.*, How to Choose a Constitutional Theory, in: California Law Review, Vol. 87 (1999), S. 535–579.
- Fehling, Michael/Kastner, Berthold/Störmer, Rainer* (Hrsg.), Nomos Kommentar-Verwaltungsrecht, 4. Aufl., Baden-Baden 2016.

- Ferreau, Frederik*, Grenzen staatlicher Beteiligung am politischen Diskurs, in: NVwZ 2017, S. 1259–1263.
- Ders.*, Anmerkung zu BVerwG, 10 C 6.16 (Dügida), in: JZ 2018, S. 360–363.
- Fikentscher, Wolfgang*, Methoden des Rechts in vergleichender Darstellung, Band IV: Dogmatischer Teil, Tübingen 1977.
- Franzius, Claudio*, Modalitäten und Wirkungsfaktoren der Steuerung durch Recht, in: Voßkuhle, Andreas/Eifert, Martin/Möllers, Christoph (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I: Methoden, Maßstäbe, Aufgaben, Organisation, 3. Aufl., München 2022, § 4, S. 193–244.
- Friedrich, Lutz*, Das Wahrheitsgebot des Grundgesetzes, in: AöR 146 (2021), S. 642–686.
- Frieling, Tino*, Gesetzesmaterialien und Wille des Gesetzgebers, Tübingen 2017.
- Friesenhahn, Ernst*, Parlament und Regierung im modernen Staat, in: VVDStRL 16 (1958), S. 9–73.
- Fritsche, Thomas*, Der Kulturbegriff im Religionsverfassungsrecht, Berlin 2015.
- Frotscher, Werner*, Regierung als Rechtsbegriff, Berlin 1975.
- Gadamer, Hans-Georg*, Wahrheit und Methode. Grundzüge einer philosophischen Hermeneutik, 5. Aufl., Tübingen 1986.
- Gärditz, Klaus Ferdinand*, Grundrechte im Rahmen der Kompetenzordnung, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band IX: Allgemeine Grundrechtslehren, 3. Aufl., Heidelberg 2011, § 189, S. 225–264.
- Ders.*, Unbedingte Neutralität? Zur Zulässigkeit amtlicher Aufrufe zu Gegendemonstrationen durch kommunale Wahlbeamte, in: NWVBl. 2015, S. 165–171.
- Ders.*, Das Amtsprinzip und seine Sicherung bei Verfassungsorganen, in: JöR 64 (2016), S. 1–42.
- Ders.*, Steriles Politikverständnis: Zum Wanka-Urteil des Bundesverfassungsgerichts, Verfblog, 2018/2/27, <https://verfassungsblog.de/steriles-politikverstaendnis-zum-wanka-urteil-des-bundesverfassungsgerichts/>, zuletzt abgerufen am: 13.9.2021.
- Ders.*, Der Begriff der Regierung, in: Krüper, Julian/Pilniok, Arne (Hrsg.), Die Organisationsverfassung der Regierung, Tübingen 2021, S. 25–54.
- Ders.*, Freie Wissenschaft als Gelingensbedingung der politischen Willensbildung in der Pandemie, JöR 69 (2021), S. 505–534.
- Gelze, Simon*, Das Parlament der (qualifizierten) Großen Koalition – Minderheitenrechte – Redezeiten – Oppositionszuschlag – Hauptausschuss, Berlin 2019.
- Geis, Max-Emanuel*, Untersuchungsausschuss, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 55, S. 881–908.
- Giesel, Katharina D.*, Leitbilder in den Sozialwissenschaften, Wiesbaden 2007.
- Glötz, Peter*, Die Arbeit der Zuspitzung. Über die Organisation einer regierungsfähigen Linken, Berlin 1984.
- Goerlich, Helmut*, Werteordnung und Grundgesetz, Baden-Baden 1973.
- ders.*, „Formenmißbrauch“ und Kompetenzverständnis, Tübingen 1987.
- Götz, Hansjörg*, Der Vorbehaltsbereich der Bundesregierung, Stuttgart 1993.
- Grefrath, Holger*, Theorie des Staatsoberhaupts, in: JöR n. F. 70 (2022), S. 1–14.
- Grigoleit, Klaus Joachim*, Zur Stellung des Landtagsdirektors in Nordrhein-Westfalen, in: ZBR 1998, S. 128–132.
- Ders.*, Bundesverfassungsgericht und deutsche Frage. Eine dogmatische und historische Untersuchung zum judikativen Anteil an der Staatsleitung, Tübingen 2004.
- Grimm, Dieter*, Recht und Politik, in: JuS 1969, S. 501–510.

- Ders.*, Politische Parteien, in: Benda, Ernst/Maihofer, Werner/Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, 2. Aufl., Berlin/New York 1994, § 14, S. 599–656.
- Ders.*, Die Zukunft der Verfassung II, Berlin 2012.
- Ders.*, Die Zukunft der Verfassung, 4. Aufl., Frankfurt am Main 2020.
- Gröpl, Christoph*, Staatsrecht I. Staatsgrundlagen, Staatsorganisation, Verfassungsprozess, 11. Aufl., München 2019.
- Ders./Zembruski, Stephanie*, Äußerungsbefugnisse oberster Staatsorgane und Amtsträger, in: Jura 2016, S. 268–279.
- Groß, Thomas*, Die asymmetrische Funktionenordnung der demokratischen Verfassung. Zur Dekonstruktion des Gewaltenteilungsgrundsatzes, in: Der Staat 55 (2016), S. 489–517.
- Grzeszick, Bernd*, Ungeschriebenes Verfassungsrecht, in: Depenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), Verfassungstheorie, 2010, § 12, S. 417–452.
- Ders.*, Steuert die Dogmatik? Inwiefern steuert die Dogmatik des Öffentlichen Rechts? Gibt es eine rechtliche Steuerungswissenschaft jenseits der Rechtsdogmatik?, in: Kirchhof, Gregor/Magen, Stefan/Schneider, Karsten (Hrsg.), Was weiß Dogmatik? Was leistet und wie steuert die Dogmatik des Öffentlichen Rechts?, Tübingen 2012, S. 97–109.
- Gusy, Christoph*, Staatsrechtlicher Positivismus, in: JZ 1989, S. 505–517.
- Ders.*, Die Weimarer Reichsverfassung, Tübingen 1997.
- Ders.*, Das parlamentarische Regierungssystem und der Bundesrat. Entwicklungsstand und Reformbedarf, in: DVBl. 1998, S. 917–928.
- Ders.*, Verwaltung durch Information, in: NJW 2000, S. 977–986.
- Ders.*, Brauen wir eine juristische Staatslehre?, in: JöR 55 (2007), S. 41–71.
- Ders.*, Informationsbeziehungen zwischen Staat und Bürger, in: Hoffmann-Riem, Wolfgang/Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band II: Informationsordnung, Verwaltungsverfahren, Handlungsformen, 2. Aufl., München 2012, § 23, S. 235–320.
- Ders.*, Neutralität staatlicher Öffentlichkeitsarbeit – Voraussetzungen und Grenzen, in: NVwZ 2015, S. 700–704.
- Ders.*, Justiz als Hüterin „politischer Neutralität“ der Wissenschaft?, RuP 2017, S. 36–45.
- Ders.*, Parlamentarische oder „neutrale“ Regierung? Eine Anfrage, in: KritV 2018, S. 210–235.
- Haack, Stefan*, Theorie des öffentlichen Rechts III, Tübingen 2021.
- Haberland, Stephan*, Die verfassungsrechtliche Bedeutung der Opposition nach dem Grundgesetz, Berlin 1995.
- Häberle, Peter*, Öffentliches Interesse als juristisches Problem. Eine Analyse von Gesetzgebung und Rechtsprechung, Bad Homburg 1970.
- Ders.*, Demokratische Verfassungstheorie im Lichte des Möglichkeitsdenkens, in: AöR 102 (1977), S. 27–68.
- Ders.*, Öffentlichkeitsarbeit der Regierung zwischen Parteien- und Bürgerdemokratie. Zum Urteil des BVerfG vom 2. März 1977, in: JZ 1977, S. 361–371.
- Ders.*, Das Menschenbild im Verfassungsstaat, 4. Aufl., Berlin 2008.
- Ders./Kotzur, Markus*, Europäische Verfassungslehre, 8. Aufl., Baden-Baden 2016.
- Habermas, Jürgen*, Vorstudien und Ergänzungen zur Theorie des kommunikativen Handelns, Frankfurt am Main 1984.
- Ders.*, Die Einbeziehung des Anderen – Studien zur politischen Theorie, 4. Aufl., Frankfurt am Main 2019.
- Ders.*, Faktizität und Geltung – Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats, 2. Aufl., Frankfurt am Main 1992.

- Hain, Karl-Eberhard*, Ockham's Razor – ein Instrument zur Rationalisierung der Grundrechtsdogmatik?, in: JZ 2002, S. 1036–1045.
- Haltern, Ulrich/Mayer, Franz/Möllers Christoph*, Wesentlichkeitstheorie und Gerichtsbarkeit. Zur institutionellen Kritik des Gesetzesvorbehaltes, in: Die Verwaltung 1997, S. 51–74.
- Harding, Nicolas*, Die Entpolitisierung regierungsamtlicher Öffentlichkeitsarbeit im Spiegel der aktuellen Judikatur des BVerfG, in: NVwZ 2022, S. 1777–1781.
- Hassemer, Winfried*, Rechtssystem und Kodifikation: Die Bindung des Richters an das Gesetz, in: ders./Neumann, Ulfrid/Saliger, Frank (Hrsg.), Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 9. Aufl. (2016), S. 227–242.
- Hatje, Armin*, Demokratie als Wettbewerbsordnung, in: VVDStRL 69 (2010), S. 135–172.
- Haussühl, Tilman*, Die Staatliche Warnung im System des Öffentlichen Rechts, VBIBW 1998, S. 90–98.
- Haverkate, Görg*, Verfassungslehre. Verfassung als Gegenseitigkeitsordnung, München 1992.
- Härtel, Ines*, Gesetzgebungsordnung der Europäischen Union, in: Hatje, Armin/Müller-Graff, Peter-Christian (Hrsg.), Enzyklopädie Europarecht, Band 2, 2. Aufl., Baden-Baden 2022.
- Heck, Philipp*, Begriffsbildung und Interessenjurisprudenz, Tübingen 1932.
- Heckel, Johannes*, Einrichtung und rechtliche Bedeutung des Reichshaushaltsgesetzes, in: Anschütz, Gerhard/Thoma, Richard (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts, 2. Band, Tübingen 1932, § 88, S. 374–392.
- Hecker, Jan*, Parlamentarische Untersuchungskompetenz im Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung, in: Peine, Franz-Joseph/Wolff, Heinrich Amadeus (Hrsg.), Nachdenken über Eigentum. Festschrift für Alexander v. Brünneck zur Vollendung seines siebzigsten Lebensjahres, Baden-Baden 2011, S. 434–442.
- Hecker, Wolfgang*, Mehr Fehlerkultur in der Politik oder Politikerhaftung?, in: NJOZ 2024, S. 577–580.
- Heckmann, Dirk*, Geltungskraft und Geltungsverlust von Rechtsnormen. Elemente einer Theorie der autoritativen Normgeltungsbeendigung, Tübingen 1997.
- Heinemann, Patrick*, Er haftet nicht: Scheuer und die Maut-Millionen, VerfBlog, 2023/8/05, <https://verfassungsblog.de/er-haftet-nicht/>, zuletzt abgerufen am: 23.12.2023.
- Heinig, Hans Michael*, Verschärfung der oder Abschied von der Neutralität, in: JZ 2009, S. 1136–1140.
- Ders.*, Prekäre Ordnungen, Tübingen 2018.
- Heintzen, Markus*, Staatshaushalt, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band V: Rechtsquellen, Organisation, Finanzen, 3. Aufl., Heidelberg 2007, § 120, S. 1175–1225.
- Hellmann, Vanessa*, Eine Warnung vor dem Bundesverfassungsgericht – Die Glykol-Entscheidung des BVerfG vom 26.6.2002, in: NVwZ 2005, S. 163–166.
- Hemke, Katja*, Methodik der Analogiebildung im öffentlichen Recht, Berlin 2006.
- Henke, Wilhelm*, Die Parteien und der Ämterstaat, in: NVwZ 1985, S. 616–621.
- Herberger, Maximilian/Simon, Dieter*, Wissenschaftstheorie für Juristen. Logik, Semiotik, Erfahrungswissenschaften, Frankfurt am Main 1980.
- Herbst, Tobias*, Gesetzgebungskompetenzen im Bundesstaat. Eine Rekonstruktion der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts, Tübingen 2014.
- Hermes, Georg*, Gemeinschaftsrecht, „neutrale“ Entscheidungsträger und Demokratieprinzip, in: Gaitanides, Charlotte/Kadelbach, Stefan/Iglesias, Gil Carlos Rodriguez (Hrsg.), Europa und seine Verfassung. Festschrift für Manfred Zuleeg zum siebzigsten Geburtstag, 2. Aufl., Baden-Baden 2007, S. 410–428.

- Ders.*, Abhängige und unabhängige Verwaltungsbehörden – ein Überblick über die Bundesverwaltung, in: Masing, Johannes/Marcou, Gérard (Hrsg.), Unabhängige Regulierungsbehörden. Organisationsrechtliche Herausforderungen in Frankreich und Deutschland, Tübingen 2010, S. 53–86.
- Herrmann, Klaus*, Äußerung von Beamten im Konflikt mit Dienstplichten, in: Die Verwaltung 51 (2018), S. 265–300.
- Herzog, Roman*, Stellung des Bundesrates im demokratischen Bundesstaat, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 57, S. 943–964.
- Ders.*, Aufgaben des Bundesrates, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 58, S. 965–979.
- Hesse, Joachim Jens/Ellwein, Thomas*, Das Regierungssystem der Bundesrepublik Deutschland, 10. Aufl., Baden-Baden 2012.
- Hesse, Konrad*, Der unitarische Bundesstaat, Karlsruhe 1962.
- Ders.*, Grundzüge des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, Neudruck der 20. Aufl., Heidelberg 1999.
- Hilbert, Patrick*, Systemdenken in Verwaltungsrecht und Verwaltungsrechtswissenschaft, Tübingen 2015.
- Ders.*, Die Informationsfunktion von Parlamenten – Zugleich ein Beitrag zur demokratischen Bedeutung des Europäischen Parlaments, Tübingen 2022.
- Hilgendorf, Eric*, Das Problem der Wertfreiheit in der Jurisprudenz, in: ders./Kuhlen, Lothar, Die Wertfreiheit in der Jurisprudenz, Heidelberg 2000, S. 1–32.
- Hillgruber, Christian*, Verfassungsinterpretation, in: Depenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), Verfassungstheorie, Tübingen 2010, § 15, S. 505–534.
- Ders.*, Die Meinungsfreiheit als Grundrecht der Demokratie. Der Schutz des demokratischen Resonanzbodens in der Rechtsprechung des BVerfG, in: JZ 2016, S. 495–501.
- Hirsch, Günter*, Auf dem Weg zum Richterstaat? Vom Verhältnis des Richters zum Gesetzgeber in unserer Zeit, in: JZ 2007, S. 853–858.
- Ders.*, Im Namen des Volkes: Gesetz – Recht – Gerechtigkeit, in: ZRP 2012, S. 205–209.
- Hoffmann-Riem, Wolfgang*, Methoden einer anwendungsorientierten Verwaltungsrechtswissenschaft, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard/ders. (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, Baden-Baden 2004, S. 9–72.
- Ders.*, Rechtsformen, Handlungsformen, Bewirkungsformen, in: ders./Schmidt-Aßmann, Eberhard/Voßkuhle, Andreas (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band II: Informationsordnung, Verwaltungsverfahren, Handlungsformen, 2. Aufl., München 2012, § 33, S. 943–1025.
- Ders./Pilniok, Arne*, Eigenständigkeit der Verwaltung, in: Voßkuhle, Andreas/Eifert, Martin/Möllers, Christoph (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I: Methoden, Maßstäbe, Aufgaben, Organisation, 3. Aufl., München 2022, § 12, S. 855–976.
- Höfling, Wolfram*, Ökonomische Theorie der Staatsverschuldung in rechtswissenschaftlicher Perspektive, in: Engel, Christoph/Morlok, Martin (Hrsg.), Öffentliches Recht als ein Gegenstand ökonomischer Forschung. Die Begegnung der deutschen Staatsrechtslehre mit der Konstitutionellen Politischen Ökonomie, Tübingen 1998, S. 85–110.
- Hofmann, Hasso*, Das Wesen der Verfassung, in: JöR 51 (2003), S. 4–20.
- Holzke, Frank*, Der Begriff Sport im deutschen und im europäischen Recht, Köln 2001.
- Ders.*, Die „Neutralität“ des Staates in Fragen der Religion und Weltanschauung, in: NVwZ 2002, S. 903–913.

- Hömig, Dieter*, Grundlagen und Ausgestaltung der Wesentlichkeitslehre, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard/Sellner, Dieter/Hirsch, Günter (Hrsg. u. a.), Festgabe 50 Jahre Bundesverwaltungsgericht, Köln/Berlin/Bonn/München 2003, S. 273–288.
- Honer, Mathias*, Zurück zu den Wurzeln der Wesentlichkeitslehre?, VerfBlog, 2019/1/07, <https://verfassungsblog.de/zurueck-zu-den-wurzeln-der-wesentlichkeitslehre/>, zuletzt abgerufen am: 13.9.2021.
- Ders.*, Organstreitverfahren der AfD gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung, in: NVwZ 2019, S. 619–622.
- Ders.*, Mehr Smend für die Staatsorganisation – zur jüngsten Bundesverfassungsgerichts-Entscheidung in Sachen Äußerungsbefugnisse von Regierungsmitgliedern, in: RuP 2020, S. 419–422 (Parallelveröffentlichung: JuWissBlog Nr. 79/2020 v. 10.6.2020, <https://www.juwiss.de/79-2020/>, zuletzt abgerufen am: 13.9.2021)
- Ders.*, Das Verfassungstheoretische System als Betrachtungsebene des Verfassungsrechts, in: Der Staat 61 (2022), S. 235–259.
- Ders.*, Die grundgesetzliche Regierungsfunktion als verfassungstheoretisches Argument, in: JZ 2023, S. 476–488.
- Ders.*, Recht der Politik: Perspektiven und Potenziale, in: Der Staat 62 (2023), S. 677–715.
- Ders./Rudloff, Tobias*, Die Leistungsfähigkeit der Legitimationskettentheorie. Zugleich zur demokratischen Legitimation der Rechtsprechung, in: DÖV 2020, S. 461–468.
- Höpfner, Stefanie*, Parlamentarische Kontrolle in Deutschland und in der Europäischen Union. Das Recht der parlamentarischen Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments, Hamburg 2004.
- Hoppe, Werner*, Planung, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band IV: Aufgaben des Staates, 3. Aufl., Heidelberg 2006, § 77, S. 313–366.
- Horn, Hans-Detlef*, Die Regierung – die Bundesregierung, in: Stern, Klaus/Sodan, Helge/Möstl, Markus (Hrsg.), Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II, 2. Aufl., München 2022, § 39, S. 338–367.
- Ders.*, Regierung, in: Stern, Klaus/Sodan, Helge/Möstl, Markus (Hrsg.), Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Bd. II, 2. Aufl., München 2022, § 45, S. 565–581.
- Horn, Norbert*, Einführung in die Rechtswissenschaft und Rechtsphilosophie, 6. Aufl., Heidelberg 2016.
- Huber, Ernst Rudolf*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Band II, 3. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1988.
- Ders.*, Deutsche Verfassungsgeschichte, Band III, 3. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1988.
- Huber, Peter Michael*, Der Parteienstaat als Kern des politischen Systems – Wie tragfähig ist das Grundgesetz?, in: JZ 1994, S. 689–696.
- Ders.*, Das Menschenbild im Grundgesetz, in: Jura 1998, S. 505–511.
- Ders.*, Die Informationstätigkeit der öffentlichen Hand – ein grundrechtliches Sonderregime aus Karlsruhe?, in: JZ 2003, S. 290–297.
- Ders.*, Regierung und Opposition, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 47, S. 605–637.
- Hufeld, Ulrich*, Anmerkung zu BVerfG, Beschluss v. 17.7.1996 – 2 BvF 2/93, in: JZ 1997, S. 302–305.
- Ders.*, Urkundlichkeit und Publizität der Verfassung, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band XII: Normativität und Schutz der Verfassung, 3. Aufl., Heidelberg 2014, § 259, S. 189–209.
- Hufen, Friedhelm*, Staatsrecht II. Grundrechte, 8. Aufl., München 2020.

- Huster, Stefan*, Die ethische Neutralität des Staates. Eine liberale Interpretation der Verfassung, 2. Aufl., Tübingen 2017.
- Ingold, Albert*, Das Recht der Opposition. Verfassungsbegriff, Verfassungsdogmatik, Verfassungstheorie, Tübingen 2015.
- Ipsen, Jörn*, Staatsrecht I. Staatsorganisationsrecht, 31. Aufl., München 2019.
- Isensee, Josef*, Der Parteienzugriff auf den öffentlichen Dienst – Alarmzustand oder Normalzeichen?, in: Baum, Gerhard/Benda, Ernst/ders. (Hrsg. u. a.), Politische Parteien und öffentlicher Dienst, Bonn 1982, S. 52–78.
- Ders.*, Konkretisierung des Gemeinwohls in der freiheitlichen Demokratie, in: Armin, Hans Herbert von/Sommermann, Karl-Peter (Hrsg.), Gemeinwohlgefährdung und Gemeinwohlsicherung, Berlin 2004, S. 95–117.
- Ders.*, Gemeinwohl im Verfassungsstaat, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band IV: Aufgaben des Staates, 3. Aufl., Heidelberg 2006, § 71, S. 3–79.
- Ders.*, Die bundesstaatliche Kompetenz, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band VI: Bundesstaat, 3. Aufl., Heidelberg 2008, § 133, S. 455–513.
- Ders.*, Grundrechtsvoraussetzungen und Verfassungserwartungen an die Grundrechtsausübung, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band IX: Allgemeine Grundrechtslehren, 3. Aufl., Heidelberg 2011, § 190, S. 265–411.
- Ders.*, Der Selbststand der Verfassung in ihren Verweisungen und Öffnungen, in: AöR 138 (2013), S. 325–362.
- Ders.*, Verfassungsrecht als „politisches Recht“, in: ders./Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band XII: Normativität und Schutz der Verfassung, 3. Aufl., Heidelberg 2014, § 268, S. 483–555.
- Jakab, András*, Prinzipien, in: Rechtstheorie 37 (2006), S. 49–65.
- Janssen, Albert*, Die zunehmende Privatisierung des deutschen Beamtenrechts als Infragestellung seiner verfassungsrechtlichen Grundlagen, in: ZBR 2003, S. 113–132.
- Janz, Norbert*, Inhalt, Grenzen und haftungsrechtliche Dimensionen des Weisungsrechts nach Art. 85 III GG, in: Jura 2004, S. 227–234.
- Jarass, Hans Dieter*, Politik und Bürokratie als Elemente der Gewaltenteilung, München 1975.
- Ders./Pieroth, Bodo*, Grundgesetz-Kommentar, 15. Aufl., München 2018.
- Jellinek, Georg*, Allgemeine Staatslehre, 3. Aufl., Berlin/Heidelberg 1921.
- Jesch, Dietrich*, Gesetz und Verwaltung – eine Problemstudie zum Wandel des Gesetzmäßigkeitsprinzips, Tübingen 1961.
- Jestaedt, Matthias*, Grundrechtsentfaltung im Gesetz. Studien zur Interdependenz von Grundrechtsdogmatik und Rechtsgewinnungstheorie, Tübingen 1999.
- Ders.*, Bundesstaat als Verfassungsprinzip, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band II: Verfassungsstaat, 3. Aufl., München 2004, § 29, S. 785–841.
- Ders.*, Der Europäische Verfassungsverbund – Verfassungstheoretischer Charme und rechtstheoretische Insuffizienz einer Unschärferelation, in: Krause, Rüdiger/Veelken, Winfried/Vieweg, Klaus (Hrsg.), Recht der Wirtschaft und der Arbeit in Europa – Gedächtnisschrift für Wolfgang Blomeyer, S. 637–674.
- Ders.*, Das mag in der Theorie richtig sein ..., Tübingen 2006.
- Ders.*, Die Verfassung hinter der Verfassung, Paderborn (u. a.) 2009.
- Ders.*, Perspektiven der Rechtswissenschaftstheorie, in: Ders./Lepsius, Oliver (Hrsg.), Rechtswissenschaftstheorie, Tübingen 2008, S. 185–205.
- Ders.*, Verfassungstheorie als Disziplin, in: Depenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), Verfassungstheorie, Tübingen 2010, § 1, S. 3–56.

- Ders.*, Wissenschaftliches Recht – Rechtsdogmatik als gemeinsames Kommunikationsformat von Rechtswissenschaft und Rechtspraxis, in: Kirchhof, Gregor/Magen, Stefan/Schneider, Karsten (Hrsg.), Was weiß Dogmatik? Was leistet und wie steuert die Dogmatik des Öffentlichen Rechts?, Tübingen 2012, S. 117–137.
- Ders.*, Maßstäbe des Verwaltungshandelns, in: Ehlers, Dirk/Pünder, Hermann (Hrsg.), Allgemeines Verwaltungsrecht, 16. Aufl., Heidelberg 2022, § 11, S. 442–513.
- Ders.*, Verfassungsdogmatik, in: Kischel, Uwe/Kube, Hanno (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band I: Grundlagen Wandel Herausforderungen, Heidelberg 2023, § 6, S. 265–310.
- Jherings, Rudolf v.*, Unsere Aufgabe, in: Jahrbücher für die Dogmatik des heutigen römischen und deutschen Privatrechts 1, 1857, S. 1–52.
- Jouanjan, Olivier*, Demokratietheorie als Verfassungslehre, in: Der Staat 58 (2019), S. 223–241.
- Juncker, Wolfgang*, Der politische Beamte – ein Widerspruch in sich, in: ZBR 1974, S. 205–209.
- Jürgensen, Sven*, Verfassungsnormativität im Recht der Politik, in: DÖV 2019, S. 639–647.
- Kahl, Wolfgang/Waldhoff, Christian/Walter, Christian* (Hrsg.), Bonner Kommentar zum Grundgesetz, 191. Aktualisierung, Heidelberg 2018.
- Kaiser, Anna-Bettina*, Juristische Methode, Dogmatik und System, in: Kahl, Wolfgang/Ludwigs, Markus (Hrsg.), Handbuch des Verwaltungsrechts, Band I: Grundstrukturen des deutschen Verwaltungsrechts, 2021, § 24, S. 941–977.
- Dies.*, Die Organisation politischer Willensbildung: Parteien, in: VVDStRL 81 (2022), S. 117–169.
- Kant, Immanuel*, Metaphysik der Sitten, 1797.
- Kassimatis, Georg*, Der Bereich der Regierung, Berlin 1967.
- Katz, Alfred*, Politische Verwaltungsführung in den Bundesländern. Dargestellt am Beispiel der Landesregierung Baden-Württemberg, Berlin 1975.
- Kaufmann, Arthur*, Gedanken zur Überwindung des rechtsphilosophischen Relativismus, in: ARSP 46 (1960), S. 553–569.
- Ders.*, Über den Zirkelschluß in der Rechtsfindung, in: Lackner, Karl/Leferez, Heinz/Schmidt, Eberhard (Hrsg. u. a.), Festschrift für Wilhelm Gallas zum 70. Geburtstag, 1973, S. 7–20.
- Ders.*, Über die Wissenschaftlichkeit der Rechtswissenschaft. Ansätze zu einer Konvergenztheorie der Wahrheit, in: ARSP 72 (1986), S. 425–442.
- Kaufmann, Arthur/Pfordten, Dietmar von der*, Problemgeschichte der Rechtsphilosophie, in: Hassemer, Winfried/Neumann, Ulfried/Saliger, Frank (Hrsg.), Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 9. Aufl. (2016), S. 23–142.
- Kelsen, Hans*, Allgemeine Staatslehre, Wien 1925.
- Ders.*, Vom Wesen und Wert der Demokratie, 2. Aufl., Tübingen 1929, (Nachdruck 2018 – Reclam-Ausgabe).
- Ders.*, Wer soll der Hüter der Verfassung sein?, Berlin 1931.
- Ders.*, Reine Rechtslehre, Studienausgabe der 2. Aufl., Tübingen/Wien 1960 (Nachdruck 2017).
- Kempfen, Bernhard*, Verfassung und Politik, in: Depenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), Verfassungstheorie, 2010, § 27, S. 929–951.
- Kepplinger, Hans Mathias*, Politikvermittlung, Wiesbaden 2009.
- Kersten, Jens*, Parlamentarisches Regierungssystem, in: Herdegen, Matthias/Masing, Johannes/Poscher, Ralf/Gärditz, Klaus Ferdinand (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, München 2021, § 11, S. 721–776.
- Ders.*, Die Notwendigkeit der Zuspitzung. Anmerkungen zur Verfassungstheorie, Berlin 2020.
- Kertzer, David*, Ritual, Politics and Power, New Haven 1988.

- Kielmansegg, Peter Graf*, Die Grammatik der Freiheit: Acht Versuche über den demokratischen Verfassungsstaat, Baden-Baden 2013.
- Kingdon, John Wells*, Agendas, Alternatives, and Public Choices, 2. Aufl., Harlow/Pearson 2014.
- Kirchhof, Paul*, Mittel staatlichen Handelns, in: Isensee, Josef/ders. (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band V: Rechtsquellen, Organisation, Finanzen, 3. Aufl., Heidelberg 2007, § 99, S. 3–133.
- Ders.*, Begriff und Kultur der Verfassung, in: Depenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), Verfassungstheorie, Tübingen 2010, § 3, S. 69–118.
- Ders.*, Der deutsche Staat in der europäischen Integration, in: Isensee, Josef/ders. (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band X: Deutschland in der Staatengemeinschaft, 3. Aufl., Heidelberg 2012, § 214, S. 299–382.
- Ders.*, Verfassung, Theorie und Dogmatik, in: Isensee, Josef/ders. (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band XII: Normativität und Schutz der Verfassung, 3. Aufl., Heidelberg 2014, § 273, S. 693–759.
- Klein, Hans Hugo*, Stellung und Aufgaben des Bundestages, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 50, S. 711–740.
- Ders.*, Status des Abgeordneten, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 51, S. 741–767.
- Klement, Jan Henrik*, Verantwortung. Funktion und Legitimation eines Begriffs im Öffentlichen Recht, Tübingen 2006.
- Klenner, Stephan*, Verfassungswidriger Oppositionszuschlag auf Bundesebene, in: DÖV 2018, S. 563–570.
- Kloepfer, Michael*, Der Vorbehalt des Gesetzes im Wandel, in: JZ 1984, S. 685–695.
- Ders.*, Verfassungsrecht. Band II, München 2010.
- Ders.*, Verfassungsrecht. Band I, München 2011.
- Knack, Joachim/Hennecke, Hans-Günter*, Verwaltungsverfahrensgesetz (VwVfG) Kommentar, 11. Aufl., Köln 2020.
- Koch, Hans-Joachim/Rüßmann, Helmut*, Juristische Begründungslehre. Eine Einführung in Grundprobleme der Rechtswissenschaft, München 1982.
- Kokott, Juliane*, Kontrolle der auswärtigen Gewalt, in: DVBl. 1996, S. 937–950.
- Kopp, Ulrich* (Hrsg.), Verwaltungsverfahrensgesetz Kommentar, 20. Aufl., München 2019.
- Köstlin, Thomas*, Die Kulturhoheit des Bundes. Eine Untersuchung zum Kompetenz- und Organisationsrecht des Grundgesetzes unter Berücksichtigung der Staatspraxis in der Bundesrepublik Deutschland, Berlin 1989.
- Köttgen, Arnold*, Das deutsche Berufsbeamtentum und die parlamentarische Demokratie, Berlin/Leipzig 1928.
- Kotzur, Markus*, Thematik des Verfassungsgesetzes, in: Isensee/Kirchhof (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. XII: Normativität und Schutz der Verfassung, 3. Aufl., Heidelberg 2014, § 260, S. 211–235.
- Kriele, Martin*, Theorie der Rechtsgewinnung – entwickelt am Problem der Verfassungsinterpretation, 2. Aufl., Berlin 1976.
- Ders.*, Gesetzestreue und Gerechtigkeit in der richterlichen Rechtsfindung, in: DRiZ 1984, S. 226–233.
- Krüger, Herbert*, Verfassungsvoraussetzungen und Verfassungserwartung, in: Ehmke, Horst/Kaiser, Joseph H./Kewenig, Wilhelm A. (Hrsg. u. a.), Festschrift für Ulrich Scheuner zum 70. Geburtstag, 1973, S. 285–306.

- Krüper, Julian*, Anmerkung zu BVerfG v. 16.12.2014 – 2 BvE 2/14 (Schwesig), in: JZ 2015, S. 414–417.
- Ders.*, Regeln politischer Kultur als Legitimitätsreserve, in: *ders./Pilniok, Arne* (Hrsg.), Organisationsverfassungsrecht, Tübingen 2019, S. 159–185.
- Kuch, David*, Politische Neutralität in der Parteiendemokratie, in: AöR 142 (2017), S. 491–527.
- Kühn, Marcel*, Bürgerbeeinflussung durch Berichterstattung staatlicher Stellen. Zugleich ein Beitrag zur Dogmatik des staatlichen Informationshandelns, Berlin 2018.
- Kugele, Dieter*, Die politischen Beamten in der Bundesrepublik Deutschland, in: ZBR 2007, S. 109–115.
- Kuhlen, Lothar*, Wertfreiheit in der Jurisprudenz?, in: Hilgendorf, Eric/*ders.*, Die Wertfreiheit in der Jurisprudenz, Heidelberg 2000, S. 33–49.
- Kuhn, David*, Der Verfassungsgrundsatz effektiver parlamentarischer Opposition, Tübingen 2019.
- Kukuczka, Christian/Herbolsheimer, Volker*, Von der zunehmenden Dogmatisierung verfassungstheoretischer Postulate – Anmerkung zur jüngsten Kopftuchentscheidung des Bundesverfassungsgerichts, in: DÖV 2020, S. 724–730.
- Kunig, Philip*, Das Rechtsstaatsprinzip, Tübingen 1986.
- Ders.*, Parteien, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 40, S. 297–356.
- Larenz, Karl*, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 6. Aufl., Berlin [u. a.] 1991.
- Larenz, Karl/Canaris, Claus-Wilhelm*, Methodenlehre der Rechtswissenschaft, 3. Aufl., Berlin/Heidelberg 1995.
- Lassahn, Philipp*, Anmerkung zu BVerfG, Urt. v. 3.5.2016. – 2 BvE 4/14, in: NVwZ 2016, S. 929–930.
- Ders.*, Rechtsprechung und Parlamentsgesetz. Überlegungen zu Anliegen und Reichweite eines allgemeinen Vorbehalts des Gesetzes, Tübingen 2017.
- Lege, Joachim*, Nochmals: Staatliche Warnungen, in: DVBl. 1999, S. 569–578.
- Ders.*, Die Realität des Rechts ist der Fall. 56 ketzerische Thesen im Geist des Pragmatismus, in: RphZ 2019, S. 416–42.
- Lehner, Franz Widmaier, Ulrich*, Vergleichende Regierungslehre, 4. Aufl., Wiesbaden 2005.
- Leibholz, Gerhard*, Das Wesen der Repräsentation und der Gestaltwandel der Demokratie im 20. Jahrhundert, 2. Aufl., Berlin 1960.
- Leisner, Walter*, Regierung als Macht kombinierten Ermessens, in: JZ 1968, S. 727–731.
- Ders.*, Gewaltenteilung innerhalb der Gewalten, in: Spanner, Hans/Lerche, Peter/Zacher, Hans (Hrsg. u. a.), Festgabe für Theodor Maunz zum 70. Geburtstag am 1. September 1971, München 1971, S. 267–283.
- Ders.*, Eigentum, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band VIII: Grundrechte: Wirtschaft, Verfahren, Gleichheit, 3. Aufl., Heidelberg 2010, § 173, S. 301–392.
- Ders.*, Gleichgewicht der Staats-Gewalten – Wesen demokratischer Staatsmacht, Berlin 2018.
- Lennartz, Jannis*, Dogmatik als Methode, Tübingen 2017.
- Ders.*, Kanzlerdemokratie, Tübingen 2023.
- Lenski, Sophie-Charlotte*, Öffentliches Kulturrecht, Tübingen 2013.
- Lerche, Peter*, „Funktionsfähigkeit“ – Richtschnur verfassungsrechtlicher Auslegung, in: BayVBl. 1991, S. 517–522.
- Ders.*, Stil und Methode der verfassungsrechtlichen Entscheidungspraxis, in: Badura, Peter/Dreier, Horst (Hrsg.), Festschrift 50 Jahre Bundesverfassungsgericht, Erster Band: Verfassungsgerichtsbarkeit, Verfassungsprozess, Tübingen 2001, S. 333–361.

- Lepsius, Oliver*, Die erkenntnistheoretische Notwendigkeit des Parlamentarismus, in: Bertschi, Martin/Gächter, Thomas/Hurst, Robert u. a. (Hrsg.), Demokratie und Freiheit, Berlin 1999, S. 123–180.
- Ders.*, Braucht das Verfassungsrecht eine Theorie des Staates?, EuGRZ 2004, S. 370–381.
- Ders.*, Was kann die deutsche Staatsrechtslehre von der amerikanischen Rechtswissenschaft lernen?, in: Helmuth Schulze-Fielitz (Hrsg.), Staatsrechtslehre als Wissenschaft, Berlin 2007, S. 319–366.
- Ders.*, Themen einer Rechtswissenschaftstheorie, in: Jestaedt, Matthias/ders. (Hrsg.), Rechtswissenschaftstheorie, Tübingen 2008, S. 1–49.
- Ders.*, Relationen auf mittlerer Ebene. Zu Stellung und Auftrag der Rechtsphilosophie im öffentlichen Recht, in: Kühl, Kristian (Hrsg.), Zur Kompetenz der Rechtsphilosophie in Rechtsfragen (ARSP-Beiheft 126), Stuttgart 2011, S. 21–30.
- Ders.*, Kritik der Dogmatik, in: Kirchhof, Gregor/Magen, Stefan/Schneider, Karsten (Hrsg.), Was weiß Dogmatik?, Tübingen 2012, S. 40–62.
- Ders.*, Rechtswissenschaft in der Demokratie, in: Der Staat 52 (2013), S. 157–186.
- Ders.*, Relationen: Plädoyer für eine bessere Rechtswissenschaft, Tübingen 2016.
- Ders.*, Kontextualisierung als Aufgabe der Rechtswissenschaft, in: JZ 2019, S. 793–802.
- Ders.*, Gesetzesstruktur im Wandel, in: JuS 2019, S. 14–17.
- Lhotta, Roland*, Der Bereich der Regierung – Reloaded: Zur partiellen Nicht-Verfassbarkeit eines Kernbereichs des Politischen, in: Krüper, Julian/Pilniok, Arne (Hrsg.), Die Organisationsverfassung der Regierung, Tübingen 2021, S. 1–23.
- Lienbacher, Georg*, Rationalitätsanforderungen an die parlamentarische Rechtsetzung im demokratischen Rechtsstaat, in: VVDStRL 71 (2012), S. 7–48.
- Linck, Joachim*, Zulässigkeit und Grenzen der Einflussnahme des Bundestages auf die Regierungsgeschäfte – zum Verhältnis von Bundestag und Bundesregierung, Köln 1970.
- Ders.*, Zum Vorrang des Parlaments gegenüber den anderen Gewalten. Bemerkung zur Kalkar-Entscheidung des BVerfG, in: DÖV 1979, S. 165–167.
- Lindner, Josef Franz*, Theorie der Grundrechtsdogmatik, Tübingen 2005.
- Ders.*, Der politische Beamte als Systemfehler, in: ZBR 2011, S. 150–161.
- Ders.*, Rechtswissenschaft als Metaphysik. Das Münchhausenproblem einer Selbstermächtigungswissenschaft, 2017.
- Ders.*, Prolegomena zu einer Theorie des Medizinrechts, in: JZ 2019, S. 639–648.
- Loewenstein, Karl*, Militant Democracy and Fundamental Rights I, in: The American Political Science Review 1937, S. 417–432.
- ders.*, Militant Democracy and Fundamental Rights II, in: The American Political Science Review 1937, S. 638–658.
- ders.*, Verfassungslehre, 4. Aufl., Tübingen 2000.
- Loschelder, Wolfgang*, Weisungshierarchie und persönliche Verantwortung in der Exekutive, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band V: Rechtsquellen, Organisation, Finanzen, 3. Aufl., Heidelberg 2007, § 107, S. 409–455.
- Lübbe-Wolff, Gertrude*, Rechtsfolgen und Realfolgen. Welche Rolle können Folgenabwägungen in der juristischen Regel- und Begriffsbildung spielen?, Freiburg/München 1981.
- Lucke, Albrecht v.*, Bündeln oder spalten: Sammlungsbewegung statt Rot-Rot-Grün?, in: Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 9/2018, S. 5–8 (abrufbar unter: <https://www.blaetter.de/ausgabe/2018/september/buendeln-oder-spalten-sammlungsbewegung-stattrot-rot-gruen>, zuletzt abgerufen am: 21.7.2021).
- Luhmann, Niklas*, Theorie der Verwaltungswissenschaft. Bestandsaufnahme und Entwurf, Köln/Berlin 1966.

- Ders.*, Theorie der politischen Opposition, in: Zeitschrift für Politik 36 (1989), S. 13–26.
- Ders.*, Das Recht der Gesellschaft, Frankfurt am Main 1993.
- Ders.*, Die Politik der Gesellschaft, Frankfurt am Main 2000.
- Magiera, Siegfried*, Parlament und Staatsleitung, Berlin 1979.
- Malorny, Stefan*, Exekutive Vetorechte im deutschen Verfassungssystem, Göttingen 2011.
- Mahlmann, Matthias*, Elemente einer ethischen Grundrechtstheorie, Baden-Baden 2008.
- Mandelartz, Herbert*, Informations- und Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung – Zur Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts in der Sache „Schwesig“, in: DÖV 2015, S. 326–329.
- Mangoldt, Hermann v. Klein, Friedrich/Starck, Christian* (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Band 1: Art. 1–19, 7. Aufl., München 2018.
- Dies.* (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Band 2: Art. 20–82, 7. Aufl., München 2018.
- Dies.* (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, Band 3: Art. 83–146, 7. Aufl., München 2018.
- Manow, Philip*, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie, Berlin 2020.
- Masing, Johannes*, Parlamentarische Untersuchungen privater Sachverhalte: Art. 44 GG als staatsgerichtetes Kontrollrecht, Tübingen 1998.
- Mast, Tobias*, Staatsinformationsqualität. De- und Rekonstruktion des verfassungsgerichtlichen Leitbilds öffentlicher staatlicher Informationstätigkeit und der entsprechenden Gebote, Berlin 2020.
- Maunz, Theodor/Dürig, Günter* (Begr.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. III: Art. 17–28, 88. EL, München 2019.
- Dies.* (Begr.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. IV: Art. 29–67, 88. EL, München 2019.
- Dies.* (Begr.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. V: Art. 68–87, 88. EL, München 2019.
- Dies.* (Begr.), Grundgesetz-Kommentar, Bd. VII: Art. 107–146, 88. EL, München 2019.
- Maurer, Hartmut*, Der Verwaltungsvorbehalt, in: VVDStRL 43 (1985), S. 137–166.
- Ders.*, Zur Organisationsgewalt im Bereich der Regierung, in: Kirchhof, Paul/Lehner, Moris/Raupach, Arndt (Hrsg. u. a.), Staaten und Steuern. Festschrift für Klaus Vogel zum 70. Geburtstag, Heidelberg 2000, S. 331–352.
- Ders.*, Staatsrecht I. Grundlagen, Verfassungsorgane, Staatsfunktionen, 6. Aufl., München 2010.
- Ders./Waldhoff, Christian*, Allgemeines Verwaltungsrecht, 19. Aufl., München 2017.
- Mayen, Thomas*, Verwaltung durch unabhängige Einrichtungen, in: DÖV 2004, S. 45–55.
- Mayer, Otto*, Deutsches Verwaltungsrecht, 1. Band, 3. Aufl., München und Leipzig 1924.
- Mehde, Veith*, Die Ministerverantwortlichkeit nach dem Grundgesetz. Dogmatischer Kernbestand und aktuelle Herausforderungen, in: DVBl. 2001, S. 13–19.
- Ders.*, Regierung und Verwaltung, in: Kahl, Wolfgang/Ludwigs, Markus (Hrsg.), Handbuch des Verwaltungsrechts, Band III: Verwaltung und Verfassungsrecht, 1. Auflage, Heidelberg 2022, § 82, S. 1015–1050.
- Meinel, Florian*, Organisation und Kontrolle im Bereich der Regierung – Zur verfassungsrechtlichen Stellung von Kabinettsausschüssen, insbesondere des Bundessicherheitsrats, im parlamentarischen Regierungssystem –, in: DÖV 2015, S. 717–726.
- Ders.*, Vertrauensfrage. Zur Krise des heutigen Parlamentarismus, München 2019.
- Ders.*, Selbstorganisation des parlamentarischen Regierungssystems, Tübingen 2019.
- Ders.*, Das Bundesverfassungsgericht in der Ära der Großen Koalition: Zur Rechtsprechung seit dem Lissabon-Urteil, in: Der Staat 60 (2021), S. 43–98.
- Meisner, Heinrich Otto*, Verfassung, Verwaltung, Regierung in neuerer Zeit, Berlin 1962.
- Merkel, Adolf*, Allgemeines Verwaltungsrecht, Wien und Berlin 1927.

- Ders.*, Prolegomena einer Theorie des rechtlichen Stufenbaus, in: Verdross, Alfred (Hrsg.), Gesellschaft, Staat und Recht. Untersuchungen zur Reinen Rechtslehre. Festschrift Hans Kelsen zum 50. Geburtstag, Wien 1931, S. 252–294.
- Ders.*, Das doppelte Rechtsantlitz. Eine Betrachtung aus der Erkenntnistheorie des Rechtes, in: Mayer-Maly, Dorothea/Schambeck, Herbert/Grussmann, Wolf-Dietrich (Hrsg.), Adolf Julius Merkl Gesammelte Schriften, 1. Bd., Berlin 1993, S. 227–252.
- Merten, Detlef*, Der „Kruzifix-Beschluss“ des Bundesverfassungsgerichts aus grundrechtsdogmatischer Sicht, in: Burmeister, Joachim (Hrsg.), Verfassungsstaatlichkeit. Festschrift für Klaus Stern zum 65. Geburtstag, München 1997, S. 987–1009.
- Ders.*, Verhältnismäßigkeitsgrundsatz, in: ders./Papier, Hans-Jürgen (Hrsg.), Handbuch der Grundrechte, Band III: Grundrechte in Deutschland: Allgemeine Lehren II, Heidelberg 2009, § 68, S. 517–567.
- Meyer, Hans*, Das fehlfinanzierte Parlament, in: Huber, Peter M./Möble, Wilhelm/Stock, Martin (Hrsg.), Zur Lage der parlamentarischen Demokratie. Symposium zum 60. Geburtstag von Peter Badura, Tübingen 1995, S. 17–70.
- Meyer, Hans-Jürgen*, Hermeneutik und Rechtswissenschaft: Hans-Georg Gadamer und Josef Esser, in: RphZ 6 (2020), S. 59–71.
- Michl, Fabian*, Unionsgrundrechte aus der Hand des Gesetzgebers, Tübingen 2018.
- Ders.*, Der demokratische Normalfall: Wahlgesetzgebung in eigener Sache, VerfBlog, 2023/9/18, <https://verfassungsblog.de/der-demokratische-normalfall/>, zuletzt abgerufen am: 30.1.2025.
- Möllers, Christoph*, Braucht das öffentliche Recht einen neuen Methoden- und Richtungsstreit?, in: VerwArch 90 (1999), S. 187–207.
- Ders.*, Der Staat als Argument, 2. Aufl., München 2011.
- Ders.*, Gewaltengliederung. Legitimation und Dogmatik im nationalen und internationalen Rechtsvergleich, Tübingen 2005.
- Ders.*, Dogmatik der grundgesetzlichen Gewaltengliederung, in: AöR 132 (2007), S. 493–538.
- Ders.*, Verfassunggebende Gewalt – Verfassung – Konstitutionalisierung, in: Bogdandy, Armin von/Bast, Jürgen (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht, 2. Aufl., Heidelberg/London/New York 2009, S. 227–278.
- Ders.*, Religiöse Freiheit in Gefahr?, in: VVDStRL 68 (2009), S. 47–93.
- Ders.*, Methoden, in: Voßkuhle, Andreas/Eifert, Martin/ders. (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I: Methoden, Maßstäbe, Aufgaben, Organisation, 3. Aufl., München 2022, § 3, S. 71–134.
- Ders.*, Demokratie – Zumutungen und Versprechen, 3. Aufl., Berlin 2012.
- Ders.*, Der vermisste Leviathan, 3. Aufl., Frankfurt am Main 2016.
- Möllers, Thomas M. J.*, Juristische Methodenlehre, 5. Aufl., München 2023.
- Morlok, Martin*, Was heißt und zu welchem Ende studiert man Verfassungstheorie?, Berlin 1988.
- Ders.*, Notwendigkeit und Schwierigkeit eines Rechtes der Politik, in: DVBl. 2017, S. 995–1002.
- Morlok, Martin/Merten, Heike*, Parteienrecht, Tübingen 2018.
- Möble, Wilhelm*, Regierungsfunktionen des Parlaments, München 1985.
- Mouffe, Chantal*, Agonistik – Die Welt politisch denken, Berlin 2014.
- Dies.*, Über das Politische. Wider die kosmopolitische Illusion, 8. Aufl., Frankfurt am Main 2020.
- Muckel, Stefan/Ogorek, Markus*, Öffentliches Baurecht, 3. Aufl., München 2018.
- Müller, Friedrich*, Strukturierende Rechtslehre, Berlin 1984.

- Ders.*, Die Einheit der Verfassung, Bd. III, 2. Aufl., Berlin 2007.
- Müller, Friedrich/Christensen, Ralph*, Juristische Methodik, Band I: Grundlegung für die Arbeitsmethoden der Rechtspraxis, 11. Aufl., Berlin 2013.
- Müller-Mall, Sabine*, Verfassende Urteile – Eine Theorie des Rechts, Berlin 2023.
- Munaretto, Lino*, Der Vorbehalt des Möglichen, Tübingen 2022.
- Münch, Fritz*, Die Bundesregierung, Frankfurt am Main 1954.
- Münch, Ingo v.*, Minister und Abgeordneter in einer Person: die andauernde Verhöhnung der Gewaltenteilung, in: NJW 1998, S. 34–35.
- Münkler, Laura*, Expertokratie, Tübingen 2020.
- Mundil, Daniel*, Die Opposition. Eine Funktion des Verfassungsrechts, Berlin 2014.
- Murswiek, Dietrich*, Das Bundesverfassungsgericht und die Dogmatik mittelbarer Grundrechtseingriffe. Zu der Glykol- und der Osho-Entscheidung vom 26.6.2002, in: NVwZ 2003, S. 1–8.
- Naßmacher, Hiltrud*, Politikwissenschaft, 6. Aufl., Basel/Berlin/Boston 2010.
- Nellesen, Sebastian*, Äußerungsrechte staatlicher Funktionsträger – Neutralität, Meinungsfreiheit, Mäßigungsgebot: Determinanten der Teilnahme staatlicher Funktionsträger am öffentlichen Meinungsbildungsprozess, Tübingen 2019.
- Neumann, Ulfrid*, Juristische Logik, in: Hassemer, Winfried/ders./Saliger, Frank (Hrsg.), Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 9. Aufl. (2016), S. 272–290.
- Ders.*, Theorie der juristischen Argumentation, in: Hassemer, Winfried/ders./Saliger, Frank (Hrsg.), Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 9. Aufl. (2016), S. 303–315.
- Ders.*, Wissenschaftstheorie der Rechtswissenschaft, in: Hassemer, Winfried/ders./Saliger, Frank (Hrsg.), Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 9. Aufl. (2016), S. 351–364.
- Notz, Anna v.*, Liquid Democracy. Internet-basierte Stimmendelegation in der innerparteilichen Willensbildung, Tübingen 2020.
- Nußberger, Angelika*, Regieren, in: VVDStRL 81 (2022), S. 7–62.
- Oebbecke, Janbernd*, Verwaltungszuständigkeit, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band VI: Bundesstaat, 3. Aufl., Heidelberg 2008, § 136, S. 743–809.
- Oeter, Stefan*, Föderalismus und Demokratie, in: von Bogdandy, Armin/Bast, Jürgen (Hrsg.), Europäisches Verfassungsrecht. Theoretische und dogmatische Grundzüge, 2. Aufl., Heidelberg/London/New York 2009, S. 73–120.
- Oldiges, Martin*, Die Bundesregierung als Kollegium. Eine Studie zur Regierungsorganisation nach dem Grundgesetz, Hamburg 1983.
- Ders./Brinktrine, Ralf*, Der Landtagsdirektor als „politischer Beamter“, in: DÖV 2002, S. 943–950.
- Ossenbühl, Fritz*, Zumutbarkeit als Verfassungsmaßstab, in: Rütters, Bernd/Stern, Klaus (Hrsg.), Freiheit und Verantwortung im Verfassungsstaat. Festgabe zum 10jährigen Jubiläum der Gesellschaft für Rechtspolitik, München 1984, S. 315–327.
- Ders.*, Vorrang und Vorbehalt des Gesetzes, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band V: Rechtsquellen, Organisation, Finanzen, 3. Aufl., Heidelberg 2007, § 101, S. 183–221.
- Pabel, Katharina*, Grundfragen der Kompetenzordnung im Bereich der Kunst, Berlin 2003.
- Papier, Hans-Jürgen/Durner, Wolfgang*, Streitbare Demokratie, in: AöR 128 (2003), S. 340–371.

- Payandeh, Mehrdad*, Die Neutralitätspflicht staatlicher Amtsträger im öffentlichen Meinungskampf. Dogmatische Systembildung auf verfassungsrechtlich zweifelhafter Grundlage, in: *Der Staat* 55 (2016), S. 519–550.
- Ders.*, Die Organisation politischer Willensbildung: Parlamente, in: *VVDStRL* 81 (2022), S. 171–226.
- Peters, Anne*, Elemente einer Theorie der Verfassung Europas, Berlin 2001.
- Petersen, Niels*, Demokratie und Grundgesetz. Veränderungen des Demokratieprinzips in Art. 20 Abs. 2 GG angesichts der Herausforderungen moderner Staatlichkeit, in: *JöR* 58 (2010), S. 137–171.
- Pfordten, Dietmar von der*, Was ist und wozu Rechtsphilosophie?, in: *JZ* 2004, S. 157–166.
- Ders.*, Normativer Individualismus und das Recht, in: *JZ* 2005, S. 1069–1080.
- Ders.*, Die Aufgaben von Theorien des Rechts, in: Calliess, Graf-Peter/Kähler, Lorenz (Hrsg.), *Theorien im Recht – Theorien über das Recht* (ARSP-Beiheft 155), S. 71–84.
- Pilniok, Arne*, Bausteine einer Theorie des Organisationsverfassungsrechts. Organisationswissenschaftliche Impulse für das Recht der Politik, in: Krüper, Julian/ders. (Hrsg.), *Organisationsverfassungsrecht. Wissenschaft – Theorie – Praxis*, Tübingen 2019, S. 1–27.
- Ders.*, Parlamentarisches Regieren – Theorie, Dogmatik und Praxis der Organisationsverfassung demokratischer Herrschaft unter dem Grundgesetz, Tübingen 2024.
- Pilz, Volker*, Der Auswärtige Ausschuss des Deutschen Bundestages und die Mitwirkung des Parlaments an der auswärtigen und internationalen Politik, Berlin 2008.
- Popper, Karl R.*, *Logik der Forschung*, 9. Aufl., Tübingen 1989.
- Poscher, Ralf*, Die Opposition als Rechtsbegriff, in: *AöR* 122 (1997), S. 444–468.
- Ders.*, Grundrechte als Abwehrrechte. Reflexive Regelung rechtlich geordneter Freiheit, Tübingen 2003.
- Pünder, Hermann*, Wahlrecht und Parlamentsrecht als Gelingensbedingung repräsentativer Demokratie, in: *VVDStRL* 72 (2013), S. 191–267.
- Puhl, Thomas*, Die Minderheitsregierung nach dem Grundgesetz, Berlin 1986.
- Putzer, Max*, Verfassungsrechtliche Grenzen der Äußerungsbefugnisse staatlicher Organe und Amtsträger, in: *DÖV* 2015, S. 417–426.
- Radbruch, Gustav*, *Rechtsphilosophie*, 8. Aufl., Stuttgart 1973.
- Raup, Juliana*, Personalisierung, in: Borucki, Isabelle/Köngslöw, Katharina Kleinen von/Marschall, Stefan/Zerback, Thomas (Hrsg.), *Handbuch Politische Kommunikation*, Wiesbaden 2022, S. 441–458.
- Raz, Joseph*, On the authority and interpretation of Constitutions: some preliminaries, in: Alexander, Larry (Hrsg.), *Constitutionalism*, New York 1998, S. 323–370.
- Reimer, Franz*, Verfassungsprinzipien. Ein Normtyp im Grundgesetz, Berlin 2001.
- Ders.*, Verfassungsauslegung: Methodische Ansätze, in: Kischel, Uwe/Kube, Hanno (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts, Band II: Gewinnung und Grundprinzipien des Staatsrechts*, 2024, § 25, S. 71–118.
- Ders.*, Das Parlamentsgesetz als Steuerungsmittel und Kontrollmaßstab, in: Voßkuhle, Andreas/Eifert, Martin/Möllers, Christoph (Hrsg.), *Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I: Methoden, Maßstäbe, Aufgaben, Organisation*, 3. Aufl., München 2022, § 11, S. 777–854.
- Ders.*, *Juristische Methodenlehre*, Baden-Baden 2016.
- Ders.*, Diskursvergleich im Verfassungs- und Verwaltungsrecht, *VVDStRL* 77 (2018), S. 413–464.
- Reimer, Philipp*, *Zur Theorie der Handlungsformen des Staates*, Baden-Baden 2008.
- Ders.*, Regierung als oberste Ordnungsbehörde – Zur Systematik des Regierungshandelns am Beispiel der Gefahrenabwehrfunktionen von Bundes- und Landesgubernativen, in: Krüper,

- Julian/Pilniok, Arne (Hrsg.), Die Organisationsverfassung der Regierung, Tübingen 2021, S. 109–124.
- Rixen, Stephan, Geschlechtertheorie als Problem der Verfassungsauslegung. Anmerkungen zum Beschluss des BVerfG v. 10.10.2017–1 BvR 2019/16 zur geschlechtlichen Diversität, in: JZ 2018, S. 317–327.
- Roellecke, Gerd, Beobachtung der Verfassungstheorie, in: Depenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), Verfassungstheorie, Tübingen 2010, § 2, S. 57–68.
- Röhl, Hans Christian, Öffnung der öffentlich-rechtlichen Methode durch Internationalität und Interdisziplinarität: Erscheinungsformen, Chancen, Grenzen, in: VVDStRL 74 (2015), S. 7–38.
- Röhl, Klaus Friedrich/Röhl, Hans Christian, Allgemeine Rechtslehre, 3. Aufl., München 2008.
- Roth, Andreas, Verwaltungshandeln mit Drittebetroffenheit und Gesetzesvorbehalt, Berlin 1991.
- Roth, Christian Tobias, Bundeskanzlerermessen im Verfassungsstaat, Berlin 2009.
- Rudzio, Wolfgang, Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 10. Aufl., Wiesbaden 2019.
- Rusteberg, Benjamin, Der grundrechtliche Gewährleistungsgehalt – Eine veränderte Perspektive auf die Grundrechtsdogmatik durch eine präzise Schutzbereichsbestimmung, Tübingen 2009.
- Ders., Die Gewährleistung einer funktionsgerechten und organadäquaten Aufgabenwahrnehmung als Schranke des parlamentarischen Untersuchungsrechts, in: DÖV 2017, S. 319–325.
- Rüthers, Bernd, Die heimliche Revolution – vom Rechtsstaat zum Richterstaat, 2. Aufl., Tübingen 2016.
- Rüthers, Bernd/Fischer, Christian/Birk, Axel, Rechtstheorie mit juristischer Methodenlehre, 12. Aufl., München 2022.
- Sachs, Michael, Das parlamentarische Regierungssystem und der Bundesrat – Entwicklungsstand und Reformbedarf, in: VVDStRL 58 (1999), S. 39–80.
- Ders. (Hrsg.), Grundgesetz-Kommentar, 8. Aufl., München 2018.
- Scheuner, Ulrich, Der Bereich der Regierung, in: Rechts- und Staatswissenschaftliche Fakultät der Universität Göttingen (Hrsg.), Rechtsprobleme in Staat und Kirche. Festschrift für Rudolf Smend zum 70. Geburtstag, Göttingen 1952, S. 253–301.
- Schiffbauer, Björn, Formale Verfassungslehre – Grundlegung einer allgemeinen Theorie über Recht und Verfassung, Tübingen 2021.
- Schlaich, Klaus, Neutralität als verfassungsrechtliches Prinzip vornehmlich im Kulturverfassungs- und Staatskirchenrecht, Tübingen 1972.
- Schliesky, Utz, Souveränität und Legitimität von Herrschaftsgewalt. Die Weiterentwicklung von Begriffen der Staatslehre und des Staatsrechts im europäischen Mehrebenensystem, Tübingen 2004.
- Schlink, Bernhard, Bemerkungen zum Stand der Methodendiskussion in der Verfassungsrechtswissenschaft, in: Der Staat 19 (1980), S. 73–107.
- Schmidt-Aßmann, Eberhard, Verwaltungsorganisation zwischen parlamentarischer Steuerung und exekutivischer Organisationsgewalt, in: Stödter, Rolf/Thieme, Werner (Hrsg.), Hamburg, Deutschland, Europa, Beiträge zum deutschen und europäischen Verfassungs-, Verwaltungs- und Wirtschaftsrecht. Festschrift für Hans Peter Ipsen zum siebzigsten Geburtstag, Tübingen 1977, S. 333–352.
- Ders., Die Lehre von den Rechtsformen des Verwaltungshandelns. Ihre Bedeutung im System des Verwaltungsrechts und für das verwaltungsrechtliche Denken der Gegenwart, in: DVBl. 1989, S. 533–541.

- Ders.*, Das allgemeine Verwaltungsrecht als Ordnungsidee, 2. Aufl., Berlin (u. a.) 2006.
- Ders.*, Verwaltungsrechtliche Dogmatik, Tübingen 2013.
- Schmidt-Bleibtreu, Bruno/Hofmann, Hans/Hennecke, Hans-Günter* (Hrsg.), Kommentar zum Grundgesetz, 14. Aufl., Köln 2018.
- Schmidt-Jortzig, Edzard*, Regierungskontrolle durch die Parlamentsmehrheit, in: Ipsen, Jörn/ *ders.* (Hrsg.), Recht – Staat – Gemeinwohl. Festschrift für Dietrich Rauschnig, Köln (u. a.) 2001, S. 143–156.
- Schmitt, Carl*, Verfassungslehre, 10. Aufl., Berlin 2010.
- Ders.*, Der Begriff des Politischen, 9. Aufl., Berlin 2015.
- Schmitt Glaeser, Walter*, Vorverständnis als Methode – Eine Methodik der Verfassungsinterpretation unter besonderer Berücksichtigung U.S.-amerikanischen Rechtsdenkens, Berlin 2004.
- Ders.*, Der freiheitliche Staat des Grundgesetzes. Grundzüge, 3. Aufl., Tübingen 2016.
- Schnabel, Christoph/Freund, Bernhard*, Der Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung als Schranke der Informationsfreiheit, in: DÖV 2012, S. 192–197.
- Schneider, Georg Christoph*, Die Finanzierung der Parlamentsfraktionen als staatliche Aufgabe. Eine verfassungsrechtliche Untersuchung unter besonderer Berücksichtigung der aktuellen Fraktionsgesetzgebung, Berlin 1997.
- Schneider, Hans-Peter*, Die parlamentarische Opposition im Verfassungsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band 1: Grundlagen, Frankfurt am Main 1974.
- Ders.*, Das parlamentarische System, in: Benda, Ernst/Maihofer, Werner/Vogel, Hans-Jochen (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts der Bundesrepublik Deutschland, 2. Aufl., Berlin/ New York 1994, § 13, S. 537–598.
- Schneider, Peter*, Prinzipien der Verfassungsinterpretation, in: VVDStRL 20 (1963), S. 1–52.
- Schoch, Friedrich*, Die Schwierigkeiten des BVerfG mit der Bewältigung staatlichen Informationshandelns, in: NVwZ 2011, S. 193–198.
- Schönberger, Christoph/Schönberger, Sophie*, Die AfD im Bundestag, in: JZ 2018, S. 105–114.
- Schönberger, Sophie*, Vom Suchen und Finden der Macht im Verfassungsrecht – Neujustierung im Verständnis von Art. 21 GG, JZ 2017, S. 701–707.
- Dies.*, Juristische Trennung und tatsächliche Trennbarkeit, in: Morlok, Martin/Poguntke, Thomas/Sokolov, Ewgenij (Hrsg.), Parteienstaat – Parteiendemokratie, Baden-Baden 2018, S. 39–58.
- Dies.*, Die zwei Körper der Gewählten, in: Der Staat 61 (2022), S. 579–620.
- Scholz, Rupert*, Informationspolitik des Bundeskartellamts und Informationsrecht der Öffentlichkeit, in: NJW 1973, S. 481–487.
- Ders.*, Parlamentarischer Untersuchungsausschuß und Steuergeheimnis, in: AöR 105 (1980), S. 564–622.
- Ders.*, Staatsleitung im parlamentarischen Regierungssystem, in: Badura, Peter/Dreier, Horst (Hrsg.), Festschrift 50 Jahre Bundesverfassungsgericht, Bd. 2: Klärung und Fortbildung des Verfassungsrechts, Tübingen 2001, S. 663–691.
- Schröder, Meinhard*, Die Institutionalisierung des Nationalen Ethikrates: Ein bedenklicher Regierungsakt?, in: NJW 2001, S. 2144–2146.
- Ders.*, Aufgaben der Bundesregierung, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 64, S. 1115–1131.
- Ders.*, Bildung, Bestand und parlamentarische Verantwortung der Bundesregierung, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band III: Demokratie – Bundesorgane, 3. Aufl., Heidelberg 2005, § 65, S. 1133–1157.

- Ders.*, Die Bereiche der Regierung und der Verwaltung, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Band V: Rechtsquellen, Organisation, Finanzen, 3. Aufl., Heidelberg 2007, § 106, S. 387–408.
- Schroth, Ulrich*, Juristische Hermeneutik und Norminterpretation dargestellt an Problemen strafrechtlicher Normanwendung, in: Hassemer, Winfried/Neumann, Ulfrid/Saliger, Frank (Hrsg.), Einführung in die Rechtsphilosophie und Rechtstheorie der Gegenwart, 9. Aufl. (2016), S. 243–271.
- Schubert, Klaus/Klein, Martina*, Das Politiklexikon, 7. Aufl., Bonn 2018.
- Schuhr, Jan C.*, Rechtsdogmatik als Wissenschaft – Rechtliche Theorien und Modelle, Berlin 2006.
- Schulze-Fielitz, Helmuth*, Der informale Verfassungsstaat – Aktuelle Beobachtungen des Verfassungslebens der Bundesrepublik Deutschland im Lichte der Verfassungstheorie, Berlin 1984.
- Ders.*, Theorie und Praxis parlamentarischer Gesetzgebung – besonders des 9. Deutschen Bundestages (1980–1983), Berlin 1988.
- Ders.*, Rationalität als rechtsstaatliches Prinzip für den Organisationsgesetzgeber – Über Leistungsfähigkeit und Leistungsgrenzen „weicher“ Leitbegriffe in der Rechtsdogmatik, in: Kirchhof, Paul/Lehner, Moris/Raupach, Arndt (Hrsg. u. a.), Staaten und Steuern. Festschrift für Klaus Vogel zum 70. Geburtstag, Heidelberg 2000, S. 311–330.
- Schuppert, Gunnar Folke*, Politische Kultur, Baden-Baden 2008.
- Schürmann, Frank*, Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung. Strukturen, Medien, Auftrag und Grenzen eines informalen Instruments der Staatsleitung, Berlin 1992.
- Schwerdtfeger, Angela*, Krisengesetzgebung, Tübingen 2018.
- Sehl, Markus*, Was will der Gesetzgeber? – Ziel und Methode rationaler Argumentation mit Gesetzesmaterialien, Baden-Baden 2019.
- Sester, Martin*, Der Parlamentsbeschluss, Hamburg 2007.
- Sicko, Corinna*, Das Kopftuch-Urteil des Bundesverfassungsgerichts und seine Umsetzung durch die Landesgesetzgeber. Zur Vereinbarkeit des an Lehrkräfte gerichteten Verbots religiöser Bekundungen im Dienst mit den Vorgaben des Grundgesetzes, Frankfurt am Main/Berlin/Bern (u. a.) 2008.
- Smend, Rudolf*, Die politische Gewalt im Verfassungsstaat und das Problem der Staatsform, in: Festgabe der Berliner Juristischen Fakultät für Wilhelm Kahl zum Doktorjubiläum am 19. April 1923, Tübingen 1923, S. 1–25.
- Ders.*, Verfassung und Verfassungsrecht, München und Leipzig 1928.
- Sodan, Helge/Ziekow, Jan*, Grundkurs Öffentliches Recht. Staats- und Verwaltungsrecht, 8. Aufl., München 2018.
- Sodan, Helge*, Berufsfreiheit, in: Stern, Klaus/ders./Mörtl, Markus (Hrsg.), Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band IV, 2. Aufl., München 2022, § 125, S. 880–962.
- Starck, Christian*, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), Handbuch des Staatsrechts, Bd. XII: Normativität und Schutz der Verfassung, 3. Aufl., Heidelberg 2014, § 271, S. 613–657.
- Stark, Alexander*, Interdisziplinarität der Rechtsdogmatik, Tübingen 2020.
- Starski, Paulina*, Die „Große Koalition“ als Problem des Verfassungsrechts, in: DÖV 2016, S. 750–761.
- Stein, Lorenz v.*, Handbuch der Verwaltungslehre, Erster Teil: Der Begriff der Verwaltung und das System der positiven Staatswissenschaften, 3. Aufl., Stuttgart 1887.
- Steinbach, Armin*, Der politische Beamte als verfassungsrechtliches Problem, in: VerwArch 109 (2018), S. 2–32.

- Stern, Klaus*, Das Staatsrecht der Bundesrepublik Deutschland, Band 2: Staatsorgane, Staatsfunktionen, Finanz- und Haushaltsverfassung, Notstandsverfassung, München 1980.
- Stettner, Rupert*, Der Verwaltungsvorbehalt, in: DÖV 1984, S. 611–622.
- Strauch, Hans-Joachim*, Grundgedanken einer Methodenlehre des gerichtlichen Erkenntnisverfahrens oder von der Notwendigkeit eines Paradigmenwechsels, in: RphZ 2019, S. 430–453.
- Stumpf Gerrit Hellmuth*, Der Ruf nach der „Rückkehr zum Recht“ bei der Bewältigung der Flüchtlingskrise, in: DÖV 2016, S. 357–368.
- Ders.*, Parteipolitische Äußerungen des Thüringer Ministerpräsidenten – Anmerkungen zum Sondervotum Petermann zum Urteil des Thüringer Verfassungsgerichtshofs vom 8. Juni 2016 – VerFGH 25/15, in: ThürVBl. 2016, S. 270–273.
- Thoma, Richard*, Die Funktionen der Staatsgewalt, in: Anschütz, Gerhard/ders. (Hrsg.), Handbuch des Deutschen Staatsrechts, 2. Band, Tübingen 1932, § 71, S. 108–159.
- Towfigh, Emanuel V.*, Das Parteien-Paradox. Ein Beitrag zur Bestimmung des Verhältnisses von Demokratie und Parteien, Tübingen 2015.
- Trute, Hans-Heinrich*, Methodik der Herstellung und Darstellung verwaltungsrechtlicher Entscheidungen, in: Schmidt-Aßmann, Eberhard/Hoffmann-Riem, Wolfgang (Hrsg.), Methoden der Verwaltungsrechtswissenschaft, Baden-Baden 2004, S. 293–325.
- Ders.*, Die demokratische Legitimation der Verwaltung, in: Voßkuhle, Andreas/Eifert, Martin/Möllers, Christoph (Hrsg.), Grundlagen des Verwaltungsrechts, Band I: Methoden, Maßstäbe, Aufgaben, Organisation, 3. Aufl., München 2022, § 9, S. 551–654.
- Uhle, Arnd*, Staat und Politik – Der Wandel des Parteiensystems als Herausforderung für das Recht der politischen Parteien, Tübingen 2024.
- Unger, Sebastian*, Das Verfassungsprinzip der Demokratie. Normstruktur und Norminhalt des grundgesetzlichen Demokratieprinzips, Tübingen 2008.
- Ungern-Sternberg, Antje*, Religionsverfassungsrecht, in: Herdegen, Matthias/Masing, Johannes/Poscher, Ralf/Gärditz, Klaus Ferdinand (Hrsg.), Handbuch des Verfassungsrechts, München 2021, § 21, S. 1335–1390.
- Unruh, Peter*, Der Verfassungsbegriff des Grundgesetzes – Eine verfassungstheoretische Rekonstruktion, Tübingen 2002.
- Van Ooyen, Robert Christian*, Bundesverfassungsgericht und politische Theorie. Ein Forschungsansatz zur Politologie der Verfassungsgerichtsbarkeit, Wiesbaden 2015.
- Ders.*, Hans Kelsen und die offene Gesellschaft, 2. Aufl., Wiesbaden 2017.
- Vitzthum, Wolfgang Graf*, Parlament und Planung. Zur verfassungsgerechten Zuordnung der Funktionen von Bundesregierung und Bundestag bei der politischen Planung, Baden-Baden 1978.
- Ders.*, Form, Sprache und Stil der Verfassung, in: Depenheuer, Otto/Grabenwarter, Christoph (Hrsg.), Verfassungstheorie, Tübingen 2010, § 10, S. 373–390.
- Vogt, Anne*, Der Verzicht auf die weitere Ausübung eines politischen Führungsamtes – Der „Rücktritt“ von Regierungsmitgliedern und Bundespräsidenten unter Berücksichtigung des öffentlich-rechtlichen Amtsverhältnisses, Berlin 2020.
- Volkman, Uwe*, Politische Parteien und öffentliche Leistungen, Berlin 1993.
- Ders.*, Veränderungen der Grundrechtsdogmatik, in: JZ 2005, S. 261–271.
- Ders.*, Verfassungsrecht zwischen normativem Anspruch und politischer Wirklichkeit, in: VVDStRL 67 (2008), S. 57–93.
- Ders.*, Leitbildorientierte Verfassungsanwendung, in: AöR 134 (2009), S. 157–196.
- Ders.*, Grundzüge einer Verfassungslehre der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 2013.

- Ders.*, Rechtsgewinnung aus Bildern. Beobachtungen über den Einfluss dirigierender Hintergrundvorstellungen auf die Auslegung des heutigen Verfassungsrechts, in: Krüper, Julian/Merten, Heike/Morlok, Martin (Hrsg.), *An den Grenzen der Rechtsdogmatik*, Tübingen 2015, S. 77–90.
- Ders.*, Rechts-Produktion oder: Wie die Theorie der Verfassung ihren Inhalt bestimmt, in: *Der Staat* 54 (2015), S. 35–62.
- Ders.*, Hat das Verfassungsrecht eine Theorie der Opposition – und braucht es eine?, in: *ZParl* 48 (2017), S. 473–490.
- Vorländer, Hans*, *Die Verfassung. Idee und Geschichte*, 3. Aufl., München 2009.
- Vofßkuhle, Andreas*, Methode und Pragmatik im Öffentlichen Recht. Vorüberlegungen zu einem differenziert-integrativen Methodenverständnis am Beispiel des Umweltrechts, in: Bauer, Hartmut/Czybulka, Detlef/Kahl, Wolfgang (Hrsg. u. a.), *Umwelt, Wirtschaft und Recht. Wissenschaftliches Symposium aus Anlass des 65. Geburtstages von Reiner Schmidt*, Tübingen 2002, S. 171–195.
- Ders./Kaiser, Anna-Bettina*, Grundwissen – Öffentliches Recht: Der Grundrechtseingriff, in: *JuS* 2009, S. 313–315.
- Ders.*, Was leistet Rechtsdogmatik? Zusammenführung und Ausblick in 12 Thesen, in: Kirchhof, Gregor/Magen, Stefan/Schneider, Karsten (Hrsg.), *Was weiß Dogmatik? Was leistet und wie steuert die Dogmatik des Öffentlichen Rechts?*, Tübingen 2012, S. 111–114.
- Ders.*, Demokratie und Populismus, in: *Der Staat* 57 (2018), S. 119–134.
- Wagner, Heinz*, *Die Theorie in der Rechtswissenschaft*, in: *JuS* 1963, S. 457–465.
- Wahl, Rainer*, Die Entwicklung des deutschen Verfassungsstaates bis 1866, in: Isensee, Josef/Kirchhof, Paul (Hrsg.), *Handbuch des Staatsrechts. Band I: Historische Grundlagen*, 3. Aufl., Heidelberg 2003, § 2, S. 45–91.
- Waldhoff, Christian*, Kritik und Lob der Dogmatik: Rechtsdogmatik im Spannungsfeld von Gesetzesbindung und Funktionsorientierung, in: Kirchhof, Gregor/Magen, Stefan/Schneider, Karsten (Hrsg.), *Was weiß Dogmatik? Was leistet und wie steuert die Dogmatik des Öffentlichen Rechts?*, Tübingen 2012, S. 17–37.
- Ders.*, *Der positive und der negative Verfassungsvorbehalt*, Baden-Baden 2016.
- Wank, Rolf*, *Die juristische Begriffsbildung*, München 1985.
- Weber, Max*, *Wirtschaft und Gesellschaft*, 2. Halbband, 5. Aufl., Tübingen 1976.
- Ders.*, *Politik als Beruf*, Stuttgart 1992 (Reclam-Ausgabe).
- Weichert, Stephan*, Symbole und Öffentlichkeit im digitalen Zeitalter, in: Friedrichsen, Mike/Kohn, Roland A. (Hrsg.), *Digitale Politikvermittlung*, 2. Aufl., Wiesbaden 2015, S. 45–58.
- Wieland, Joachim*, Er haftet: Schadensersatzpflicht eines Bundesministers bei Amtspflichtverletzung, *VerfBlog*, 2023/8/05, <https://verfassungsblog.de/er-haftet/>, zuletzt abgerufen am: 23.12.2023.
- Willoweit, Dietmar*, *Deutsche Verfassungsgeschichte*, 7. Aufl., München 2013.
- Wismeyer, Thomas*, Der „Wille des Gesetzgebers“. Zur Rolle der Gesetzesmaterialien in der Rechtsanwendung, in: *JZ* 2015, S. 957–1008.
- Wißmann, Hinnerk*, Grundrechte in der Wirtschafts- und Arbeitsordnung, in: Herdegen, Matthias/Masing, Johannes/Poscher, Ralf/Gärditz, Klaus Ferdinand (Hrsg.), *Handbuch des Verfassungsrechts*, München 2021, § 23, S. 1459–1513.
- Wolff, Hans Julius/Bachof, Otto/Stober, Rolf/Kluth, Winfried*, *Verwaltungsrecht II. Ein Studienbuch*, 7. Aufl., München 2010.
- Dies*, *Verwaltungsrecht I. Ein Studienbuch*, 13. Aufl., München 2017.
- Wolff, Heinrich Amadeus*, *Ungeschriebenes Verfassungsrecht unter dem Grundgesetz*, Tübingen 2000.

- Würdinger, Markus*, Das Ziel der Gesetzesauslegung – ein juristischer Klassiker und Kernstreit der Methodenlehre, in: JuS 2016, S. 1–6.
- Zachariä, Karl Salomo*, Vierzig Bücher vom Staate, Stuttgart/Tübingen 1820.
- Zimmer, Gerhard*, Funktion, Kompetenz, Legitimation. Gewaltenteilung in der Ordnung des Grundgesetzes, Berlin 1979.
- Zippelius, Reinhold/Würtenberger, Thomas*, Deutsches Staatsrecht, 33. Aufl., München 2018.

Sachwortverzeichnis

- Administrative
 - siehe Verwaltung
- Amt 106 ff., 113 ff., 202 ff., 283 f., 299 ff.
 - Politisches Amt der Bundesregierung 106 ff.
- Amtshaftung
 - siehe Haftung
- Anwendungsorientierung des Rechts 46 ff.
- Außenpolitik 225, 241 ff., 254
- Äußeres System 67
- Äußerungsrecht der Bundesregierung 285 ff.
 - Kompetenz 285 ff.
 - Neutralitätsgebot 298 ff.
- Beamte 201 ff., 271 ff., 282 ff., 303
 - Beamtenrechtliche Haftung 282 ff.
 - Politische Beamte 271 ff.
- Begründungsgebot 14 ff.
- Bundesbank 276
- Bundeskanzler 113 ff., 118, 146 ff., 158, 262 ff.
- Bundesminister 282 ff.
- Bundesoberbehörde 202 f., 280 f.
- Bundespräsident 146, 148, 242
- Bundesrat 131, 209, 235
- Bundesregierung 99 ff., 163 ff., 235 ff.
 - als Bestandteil des Dualismus Regierung und Opposition 129 ff.
 - als parlamentarisch verantwortliche Regierung 157 ff.
 - als parteipolitische Bundesregierung 117 ff.
 - als politische Bundesregierung 99 ff.
 - als selbstständiger Akteur im Regierungverbund 144 ff.
 - Aufgaben 235 ff.
 - Funktion 163 ff.
 - Kompetenzverteilung 251 ff.
 - Organisation 261 ff.
 - Äußerungsrecht 285 ff.
- Bundeszentrale für politische Bildung 185, 242
- Chancengleichheit politischer Parteien 308 ff.
- Corona-Pandemie
 - siehe Pandemie
- Demokratie 36 f., 119 ff., 132 f., 139, 216 f., 308 ff.
 - Wehrhafte Demokratie 82 f.
- Deutscher Bundestag 135 ff., 144 ff., 157 ff., 235 ff., 261 ff.
 - Funktionen 135 ff.
 - Kompetenzverteilung 251 ff.
 - Parlamentssuprematie 152 ff.
- Dogmatik 9, 23, 52 ff., 57 ff., 71 ff., 90 ff.
 - siehe auch rechtspraktische Schicht
 - siehe auch Speicherbegriffe
 - siehe auch Verfassungsdogmatik
- Drei-Stufen-Theorie 91, 94
- Dualismus von Regierung und Opposition 129 ff., 142, 152, 160, 198, 266 ff., 292
- Effektivität 43 ff.
- Eignung 15
 - siehe auch Begründungsgebot
- Erforderlichkeit 15
 - siehe auch Begründungsgebot
- Ermessen 34, 107, 111 f., 173 ff., 229, 270
 - Macht kombinierten Ermessens 229
- Europäische Kommission 217
- Europäischer Rat 210 f., 217
- Europäische Union 108, 152, 207, 210, 217, 225, 243, 259

- Mitwirkung in der EU 259 f.
- Regierungsfunktion 217 f.
- siehe auch Europäische Kommission
- siehe auch Europäischer Rat
- siehe auch Rat der Europäischen Union
- Exekutivausschuss 123

- Falsifikationsprinzip 18
- Formelle Regierung 165, 179, 236, 244, 257
- Funktionelle Regierung
 - siehe Regierungsfunktion
- Funktionsfähigkeit 43 f.

- Gemeinwohl 100 f., 108 ff., 115 f., 121, 123, 125 ff., 132, 195, 303 f.
 - Gemeinwohlkonkretisierung 125 ff.
 - Gemeinwohlverpflichtung 108 ff.
- Geschriebenes Verfassungsrecht 39 ff.
- Gesetzgebungsnotstand 146 ff.
- Gestaltungsfreiheit 107 ff., 173, 177
- Gewaltengliederung 155, 190 ff.
- Gewaltenteilung 32 f.
 - siehe auch Gewaltengliederung
- Grundrechtstheorie 61
 - siehe auch Verfassungstheorie
- Gubernative
 - siehe Regierungsfunktion

- Haftung 282 ff.
- Hermeneutik 20 ff.
 - Hermeneutischer Zirkel 21

- Informationsansprüche des Parlaments 255 ff.
 - siehe auch Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung
- Informationsrecht der Bundesregierung
 - siehe Äußerungsrecht der Bundesregierung
- Inneres System 58, 67

- Kabinettsbildungsrecht 261 ff.
- Kernbereich exekutiver Eigenverantwortung 236, 252 ff., 255 ff., 279
- Kodifikation
 - des Grundgesetzes 40 f.
 - des Verfassungsrechts 39 ff.

- formelle 41
- materielle 41
- Kompromiss 36, 119 f.
 - Funktion politischer Parteien 119 f.
- Kompromisshaftigkeit des Rechts 36 ff.
- Konstitutionalismus 140 f., 153, 155, 169
- Konstruktives Misstrauensvotum 146 ff.
- Kontextualisierung 22 f.
- Kursivierte Nummerierungen beziehen sich auf Seitenzahlen, die auf Fußnoten verweisen.

- Legitimation 100, 114, 126 ff., 140, 154, 190, 199, 216 f., 275, 308
- Legitimationskettentheorie 154
- Legitimationsverluste 288 f.
- Leitbilder 84 f.
 - siehe auch Theoriebegriffe

- Macht 101 f.
 - siehe auch Politik
- Materielle Regierung 257
 - siehe Regierungsfunktion
- Maßnahmegesetze 279
- Mehrheit 36, 114, 132, 134, 137, 139, 147 ff., 158, 312
 - Mehrheit und Minderheit 132, 139, 311
- Metaphysik 25
- Münchhausen-Trilemma 17

- Nationaler Ethikrat 241
- Neutralität 299 f.
 - siehe parteipolitische Neutralität
 - siehe weltanschaulich-religiöse Neutralität
- Nominaldefinition 92
- Normative Begriffe 87 f.

- Ockhams Rasiermesser
 - siehe Sparsamkeitspostulat
- Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung
 - siehe Äußerungsrecht der Bundesregierung
- Opposition 122, 129 ff., 132 ff., 140 ff., 266 ff., 268 ff., 292
 - als Rechtsbegriff 143
 - als Theoriebegriff 142 ff.
 - als verfassungsrechtliche Erwartung 140 ff.

- Oppositionszuschlag 269, 313
- Oppositionszuschlag 269, 313
- Optimierung 44

- Pandemie 243 f., 296
- Parlament
 - siehe Deutscher Bundestag
- Parlamentarischer Rat 31, 38, 147, 237
- Parlamentarischer Staatssekretär 267
- Parlamentarisches Regierungssystem 134 ff., 157 ff., 160, 198, 246, 255, 267
- Parlamentsbeschluss 253
- Parlamentssuprematie 152 ff.
- Parteiendualismus 140
- Parteienstaat 267
- Parteilpolitische Neutralität 298 ff.
 - Absolutes Neutralitätsgebot 300 ff.
 - Funktionsspezifisches Neutralitätsgebot 303 ff.
 - Reflexartige Neutralitätswirkungen 305 ff.
- Planung 240 f.
- Pluralistisches Rechtsgewinnungsmodell 49 ff.
- Politics 99
 - siehe auch Politik
- Politik 99 ff.
 - Bundesregierung als politische Regierung 99 ff.
 - Eigenlogik der Politik 100 ff.
 - Parteipolitizität 117 ff.
 - Politische Beamte 271 ff.
 - Politisches Amt 106 ff.
- Politische Parteien 117 ff., 123, 267
 - Bundesregierung als parteipolitische Regierung 117 ff.
 - Chancengleichheit 308 ff.
 - Demokratische Angemessenheit 119 ff.
 - Kritik 120 ff.
 - Parteiendualismus 140
 - Parteienstaat 267
- Positives Recht
 - siehe Rechtsbegriffe
- Positives Verfassungsrecht
 - als rechtsnormative Schicht 70 ff.

- Rat der Europäischen Union 210 f., 217
- Realdefinition 92

- Rechtsbegriffe 85 ff.
 - Normative Begriffe 87 f.
- Rechtserzeugung 5 ff., 26, 111, 163, 190 ff., 208 ff.
 - Arbeitsteiliger Rechtserzeugungsprozess 32
 - Autonome Rechtserzeugungsakte 32 ff.
 - Beitrag der Bundesregierung 163 ff., 193 ff., 203 ff., 211 ff.
 - Beitrag der Verwaltung 212
 - Europäische Rechtserzeugung 209
 - Kompromisshaftigkeit 36 ff.
 - Rechtserzeugungsverflechtung 208
- Rechtsgewinnung 11 ff., 21, 35, 63 ff.
 - Autonome Rechtserzeugung 32 ff.
 - Begründungsgebot 14 ff.
 - Definition 11
 - Heteronome Rechtserkenntnis 27 ff.
 - Monistisches Rechtsgewinnungsmodell 49
 - Pluralistisches Rechtsgewinnungsmodell 49 ff.
 - Verfassungsrechtswissenschaftliche Anforderungen 13 ff., 47
- Rechtsgrundbegriffe 88
- Rechtskonkretisierung 30
- Rechtsnormative Schicht 70 ff.
 - siehe auch positives Verfassungsrecht
- Rechtspraktische Schicht 59 ff., 71 ff.
 - siehe auch Speicherbegriffe
 - siehe auch Verfassungsdogmatik
- Rechtsprechung 165 ff., 192, 201, 214
- Rechtstheoretische Schicht 51 ff., 59 ff., 64 ff.
 - siehe auch Verfassungstheorie
- Rechtsverordnungen 113, 137, 207, 222
- Rechtswissenschaft
 - als anwendungsorientierte Wissenschaft 46
 - Rechtswissenschaftspluralismus 50
- Redezeiten 267
- Regierungsfaktionen 114, 118, 131, 194, 198, 246, 253, 259, 266 ff.
- Regierungsfunktion 163 ff., 211 ff., 231
 - als Rechtsbegriff 218 ff.
 - als Speicherbegriff 221 ff.
 - als verfassungstheoretisches Argument 189 ff., 228 ff., 231

- Regierungsfunktion im Unionsrecht 217 f.
- siehe auch Theorie der Regierung
- siehe auch Verwaltungsleitung
- Regierungsverbund 122, 131, 135, 140, 144, 157, 160
- Repräsentation 241 f.
- Robert-Koch-Institut 296

- Sachwortverzeichnis
- SARS-CoV-2
 - siehe Pandemie
- Souveränität 140 f.
- Sparsamkeitspostulat 15
 - siehe auch Begründungsgebot
- Speicherbegriffe 89 ff.
 - siehe auch Dogmatik
 - siehe auch Verfassungsdogmatik
- Staatsleitung 226 ff.
 - Staatsleitung zur gesamten Hand 227 f.
- Statusrechtliche Gewaltenteilung 201, 204
- Stufenbau der Rechtsordnung 110 f.
- System
 - inneres 58, 67
 - äußeres 67

- Theoriebegriffe 74 ff.
 - Leitbilder 84 f.
 - Opposition als Theoriebegriff 142 ff.
 - siehe auch Verfassungstheorie
 - Verfassungserwartungen 83 f.
 - Verfassungsvoraussetzungen 83 f.
- Theorie der Regierung 4 ff., 97 ff., 231
 - siehe auch Regierungsfunktion
 - siehe auch Verfassungstheorie
- Theorie des Organisationsverfassungsrechts 61 f.
 - siehe auch Verfassungstheorie

- Ungeschriebenes Verfassungsrecht 42 ff.
 - Ungeschriebene Kompetenztitel 44
- Unionsrecht
 - Regierungsfunktion 217 f.
 - siehe auch Europäische Union

- Verfassungsdogmatik 52 ff., 57 ff., 71 ff.
 - als rechtspraktische Schicht 59 ff., 71 ff.
- Verfassungserwartungen 83 f.
- Verfassungsrecht
 - Geschriebenes Verfassungsrecht 39 ff.
 - Kodifikation 39 ff.
 - Ungeschriebenes Verfassungsrecht 42 ff.
 - Verfassungstext 45
- Verfassungstheorie 9, 53 ff., 64 ff.
 - Allgemeine Verfassungstheorie 55
 - als rechtstheoretische Schicht 51 ff., 59 ff., 64 ff.
 - Besondere Verfassungstheorie 55 f.
 - Grundrechtstheorie 61
 - Regierungsfunktion als verfassungstheoretisches Argument 189 ff., 228 ff.
 - siehe auch Theoriebegriffe
 - Theorie des Organisationsverfassungsrechts 61 f.
 - Vorverständnisfunktion 64 f.
- Verfassungsvoraussetzungen 83 f.
- Verfassungsänderung 26, 156
- Vertrauensfrage 146 ff., 158
- Verwaltung 211 ff., 271 ff.
 - Beitrag zur Rechtserzeugung 211 ff.
 - siehe auch Verwaltungsleitung
 - Verwaltungsfunktion 211 ff.
 - Verwaltungsvorbehalt 277 ff.
- Verwaltungsfunktion 211 ff.
 - Ausübung durch die Bundesregierung 280 ff.
- Verwaltungsleitung 204, 216, 275 ff.
- Verwaltungsvorschriften 207, 222
- Vorbehalt des Gesetzes 137, 223 f., 261
 - siehe auch Wesentlichkeitslehre
- Vorrang des Gesetzes 254
- Vorverständnis 19, 20 f., 24 f., 48 f., 59, 64 f., 76 f.
 - Illegitimes Vorverständnis 24
 - Legitimes Vorverständnis 24
 - Rechtsgebietseigentümliches Vorverständnis 24 f.
 - Verfassungstheorie 53
 - Vorverständnisfunktion der Verfassungstheorie 64 f.

- Wahlkampf 308 ff.
- Wahrheit 14
- Warnung 288, 294 ff.
- Wehrhafte Demokratie 82 f.
- Weimarer Reichsverfassung 37 f., 117, 153, 170, 261

- Weimarer Staatsrechtslehre 172, 188
Weisungsrecht des Parlaments 152, 153,
252
Weltanschaulich-religiöse Neutralität 83
Wertungskompetenz 248
Wesentlichkeitslehre 137, 223, 249 ff., 261
Wettbewerb 101, 140, 291, 311 ff.
Wille des Verfassungsgebers 27 ff.
Zirkel
– siehe Hermeneutischer Zirkel
Zulässigkeit 16